

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Paul Baber, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49. Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 3. Fernsprecher 951.

Einnumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frachtlohn) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Bezug nach in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 zgl. Postgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühr: die sechsgepostete Beilage 15 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 675.

Nr. 46.

Magdeburg, Donnerstag den 23. Februar 1905.

16. Jahrgang.

## Der 22. Februar 1905.

Der 22. Februar 1905 wird für die Geschichte Deutschlands ein denkwürdiges Datum bleiben. Unter einem Abschnitt der deutschen Wirtschaftsgeschichte steht dieser Tag, an dem sich die Mehrheit des deutschen Reichstags für die Annahme der neuen Handelsverträge entscheidet, den Schlüsselpunkt. Unter wesentlich veränderten Verhältnissen wird sich die deutsche Volkswirtschaft am 1. März des Jahres 1906 wiederfinden, und schon das laufende Jahr, ein Jahr des Abschlusses und Uebergangs, steht gleichsam mit einem Fuß in der neuen Zeit.

Solange über die künftige Gestaltung unserer handelspolitischen Verhältnisse, über das Schicksal des Kartdorff-Tarifs und der auf ihn gegründeten Verträge ein Zweifel bestehen konnte, mußte die deutsche Sozialdemokratie als Vertreterin der Arbeiterinteressen ihr Augenmerk auf die unmittelbaren Wirkungen richten, die für die Lage des Arbeiterstandes vom handelspolitischen Umschwung zu erwarten waren. Die einfache, klar zutage tretende Tatsache, daß durch die neue Zollpolitik die Kosten der Lebensunterhaltung für die breiten Massen in nicht leicht zu überschätzendem Maße verteuert würden, daß die hieraus gewonnenen Summen wesentlich den nicht arbeitenden Großgrundbesitzern, nicht aber der wirklichen landarbeitenden Bevölkerung zugute kämen, mußte entscheidend sein für die Stellung, die die Sozialdemokratie zu dem neuen Kurs einnahm. Nicht manchesterliche-freihändlerische Prinzipienreiterei, sondern die praktische Rücksichtnahme auf die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse zwang die Sozialdemokratie, den verschärften Brotwucher mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Nur durch den Preis einer ungeheuerlichen Mißbilligung, nur durch Gewalt und offenen Rechtsbruch hat die Mehrheit des alten Reichstags sich die Siegesbeute zu sichern vermocht. Ueber die Niederlage der Sozialdemokratie vom 13. Dezember des Jahres 1902 quitierte die Arbeiterschaft durch den Triumph, den sie ihrer Partei im Juni des folgenden Jahres bereitete. Auch der 22. Februar, der die Sozialdemokratie abermals als unterlegene Opposition findet, wird nicht ohne Antwort bleiben.

Die Sozialdemokratie aber sieht sich mit dem Ablauf dieses Tages der letzten Entscheidung vor neue Aufgaben gestellt. Mußte sie sich bis dahin fragen, welche Arbeit zu leisten war, um den Eintritt der neuen zollpolitischen Ära zu verhindern, so geht jetzt, da diese neue Ära zum unvermeidlichen Ereignis geworden ist, die Frage dahin, welche Aussichten sich unter ihr für die Sozialdemokratie eröffnen, unter welchen Verhältnissen sie zu kämpfen haben wird.

Um diese Frage richtig zu beantworten, wird man sich daran erinnern müssen, daß im Kampf gegen die Caprivischen Handelsverträge die Faktoren besonders tätig gewesen sind: auf der einen Seite der Interessen des Grundbesitzes vertretende Bund der Landwirte, auf der andern Seite aber die mächtige Vertretung des industriellen Großkapitals, der Verband der Industriellen. Während der erstere bis in die letzte Zeit eine überaus lärmende Agitation entfaltete, ist es um den letzteren seit längerer Zeit still geworden. Und doch ist er es gewesen, der bei den vorbereitenden Arbeiten des Wirtschaftlichen Ausschusses in trautem Verein mit dem Grafen Pokadowsky die führende Rolle spielte und damit die industrielle Zollpolitik der neuen Ära bestimmte.

Schon aus diesem äußerlichen Grund kann es kein genauer Ausdruck sein, wenn man die neuen Zollverträge schlechthin als „industriefeindlich“ bezeichnet. Es ist richtig, daß die breitere Schicht der industriellen Unternehmerschaft eine politische Niederlage erfahren hat, die sie dem vollendeten Ungeheuer der spezifisch bürgerlichen Parteien verdankt, und die sich für sie auch zu schweren wirtschaftlichen Schädigungen umsetzen wird. Aber sind die neuen Handelsverträge auch in weiterem Sinn „Feinde der Industrie“, so sind sie doch durchaus keine Feinde des konzentrierten industriellen Großkapitals. Dieses wird durch einen erhöhten industriellen Zollschutz in seiner inländischen Monopolstellung gestärkt, und ihm eröffnen sich zwei Möglichkeiten, die hochgetürmten industriellen Zollschranken des Auslandes zu überwinden. Durch reichliche Bewässerung des inländischen Konsums wird es in die Lage versetzt, die Kosten des Auslandszolls tragen und sein Exportgebiet sich erhalten zu können. Hilft aber auch dieses Mittel nicht, dann bleibt ihm immer noch der vielfach jetzt schon betretene Weg offen, mit seinen Filialen ins Ausland zu gehen und dort die Vorteile der Kapitalkonzentration und einer weit-

gehenden Organisation der Produktion einzuheimsen. Was die deutsche Exportindustrie in ihrer heutigen Gestalt bedroht, ist also nicht allein die Entwicklung der ausländischen, von fremdem Kapital getragenen Industrie, sondern auch die zunehmende Kapitalkonzentration des Inlands.

Führt die eintretende Umwälzung der handelspolitischen Verhältnisse obendrein zu offenen Krisenausbrüchen, so sind es abermals die mittleren und kleineren Unternehmungen, die darüber zusammenbrechen, während die großen sich dank ihrer stärkeren Widerstandskraft erhalten und die folgende wirtschaftliche Erholung zu ihrer Vergrößerung benutzen.

So beweist die Entwicklung, die mit dem Abschluß der neuen Handelsverträge beginnt, abermals den klaffenden inneren Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Reaktionskräfte sind es gewesen, die die deutsche Wirtschaftspolitik in ihre neue Richtung gedrängt haben; dennoch ist es ihnen nicht gelungen, eine wirklich rückläufige Bewegung der Wirtschaft zu erzielen. Das letzte Ideal der Junker, in der Berliner Friedrichstraße ihre Rinderherden weiden zu lassen, wird sich nicht verwirklichen. Das Großkapital verbündet sich mit dem Agrarierstum, um die Kleinen fortzuschlagen; ihr Ende wird kurz, wenn auch schmerzhaft sein. Das Industriegroßkapital ist nicht mehr, wie der kleine und mittlere Industrielle ein Vertreter der bürgerlichen Klasse, sondern ihre Gegnerin: an die Stelle des Bürgertums tritt eine kleine großbürgerliche Clique. Dieser Clique kann es aber unmöglich gelingen, was dem Bürgertum als Klasse noch möglich war: nämlich die Klasse der Proletarier auf die Dauer niederzuhalten.

Die hundertmal „widerlegte marxistische Doktrin“ wird durch die Experimente des Zollwuchers ihre verbesserte tatsächliche Bestätigung erfahren.  
Wir segeln mit dem Sturm!

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, 22. Februar 1905.

### Der Zuchthauskurs des Militarismus.

Zehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Gefängnis sind vom Kriegsgericht der 30. Division in Saarburg (Lothringen) über insgesamt vier Angeklagte, den Geseiten Konieczky und die Wannen Meyer, Niederich und Zech verhängt worden. Wegen militärischen Auftritts wurden die beiden ersten Angeklagten zu je 5 Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere, die beiden letzten zu je 5 Jahren Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Fünf weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Straftat, die die Unglücklichen verübten, soll in einem Angriff auf eine Militärpatrouille bestehen, der am zweiten Weihnachtsfeiertage begangen wurde. Die begleitenden Umstände dieses Angriffs scheinen recht seltsam gewesen zu sein, denn, wie aus den vorliegenden kurzen Berichten hervorgeht, erkannte das Gericht an, daß die Angeklagten von der Patrouille gereizt worden wären, was als „mildernder Umstand“ in Betracht komme. Die Milde des Kriegsgerichts drückt sich in dem Urteil aus, das vier gereizte unbedachte Leute auf fünf Jahre ihrer Freiheit beraubt und zwei durch Zuchthauspruch entehrt.

Am selben Tage, an dem dieses Urteil gefällt wurde, hatte sich, wie an anderer Stelle dieser Nummer nachzulesen, in Berlin vor dem Kriegsgericht der 1. Garbedivision der Unteroffizier Gottschalk wegen Mißhandlung und rechtswidrigen Waffengebrauchs zu verantworten. Gottschalk hatte sich auf einen Mann gestürzt und ihn unter dem Ruf: „Sund, ich steche Dich tot!“ mit dem Säbel einen Stich in die Schulter versetzt. Der Offizier, der den Angeklagten verteidigte, meinte, es habe sich „nur um einen Scherz“ gehandelt, im schlimmsten Falle aber höchstens um ein übel angebrachtes Erziehungsmittel; gerade so wie man ein Pferd mit der Peitsche behandelt, um Erfolge zu erzielen, habe auch der Angeklagte das Seitengewehr gezogen. Das Kriegsgericht trat dieser scherzhaften Auffassung des Verteidigers bei und verurteilte den Säbelhelden im ganzen zu acht Tagen Mittelarrest.

So geht es fort!  
Man sagt von den Sozialdemokraten, daß sie Schmeichler des Volkes seien. Und doch sagen die Sozialdemokraten, daß das Volk verächtlich wäre und nicht wert, den Namen eines Kulturvolkes zu führen, das Zustände solcher Art auf die Dauer ertrüge. Die „wahren“ Patrioten führen ja so gern, namentlich in diesem Schiller-

jahr, das Wort im Munde: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre.“ Der gegenwärtige Zustand des militärischen „Nichts“ ändert die Ehre der deutschen Nation tausendmal mehr als irgend etwas, was ihr vom Auslande her widerfahren kann. Die „wahren Patrioten“ aber haben dagegen nichts einzutwenden, wenn die Stimmung der Massen, die das Vaterland unter Aufopferung ihres Lebens beschützen sollen, bis auf das äußerste gereizt wird. Wer glauben sollte, daß Urteile wie die von Saarburg und Berlin im Herzen des Volkes kein Echo fänden, müßte glauben, daß es im deutschen Volke keinen Sinn mehr gibt für Ehre und Recht! —

### Vom preussischen Lehrereid.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag die Beratung des Kultusetats begonnen. Gleich zu Anfang gab es einen kleinen Zwischenfall, der weitere Kreise ziehen wird. Der nationalliberale Abg. Friedberg streifte die Bewegung der Studenten und die Frage der akademischen Freiheit, und wies darauf hin, daß die Erklärung des Ministerialdirektors Allhoff in der Budgetkommission, wonach die Privatgelehrten auf den einzelnen Hochschulen zwischen Studenten und Aufsichtsbehörde beigelegt oder der Beilegung anheim zu sein, den Tatsachen nicht entspreche. Herr Allhoff antwortete dem nationalliberalen Abgeordneten in einer Rede, deren Wortlaut auf der Tribüne nicht völlig verstanden wurde, die aber für den Abg. Friedberg nach seinem Zeugnis vernehmbar gewesen sein mag. Beim Kapitel „Unversität“ wird es jedenfalls zu einer kurzen Auseinandersetzung zwischen beiden kommen.

Im Mittelpunkt der Debatte standen im Anschluß an den Titel „Gehalt des Ministers“ die Verhältnisse der Lehrer und das kommende Schulgesetz. Herr Kopisch sprach in längerer Rede für eine Aufbesserung der Gehälter, überhaupt für eine Verbesserung der ganzen amtlichen Stellung des Lehrers und gedachte mit Bedauern der Tatsache, daß durch das Schulkompromiß die Frage der Schulunterhaltung mit der Frage der Konfessionalität der Schulen verquidelt worden ist. Diese Verquidlung aber, Herr v. Zedlitz, ist ein Nachteil der Schulverhältnisse. Herr v. Zedlitz vertrat den Standpunkt, daß sich die Frage der Schulunterhaltung bei der jetzigen Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses überhaupt nicht ohne die Verquidlung mit der Frage der Konfessionalität der Schulen lösen lasse. Unter maßlosen Uebertreibungen machte er der Linken den Vorwurf, daß sie eine verlogene und schwindelhafte Agitation gegen den Kompromiß in das Bürgertum und namentlich in die Lehrerkreise hineingebracht habe. Dem Kultusminister waren diese Ausführungen des Herrn v. Zedlitz Wasser auf seine Mühle. Auch er bedauerte die Agitation der Liberalen und fand dabei noch die Unterstützung des konservativen Abg. Bremer. Nach dieser Einleitung wird es wohl am Mittwoch, wo die Beratung fortgesetzt wird, zu einer recht lebhaften Auseinandersetzung über die Bestimmungen im Herbst zu erwartende neue Schulvorlage kommen. —

### Annahmen eines Handlungers.

„Die Erfahrung, wie schwer mitunter die regierenden Herren es ihren Ministern machen, ihren Rande zu dienen, könnte den Gedanken nahelegen, Republikaner zu werden.“

„... überhaupt pflegen die regierenden Herren in ihren Privatkorrespondenzen von den gegenseitigen Ministern ganz formlos wie von Gutsinspektoren zu reden.“ ... es gibt hohe Herren, die, hättens Theater zu spielen, sich den Reiseskandalen kommen lassen zu gleich drittehalbstündiger Unterredung. ... dabei muß man noch recht vorsichtig sein; die Herren sind leicht verletzt oder machen Gebrauch. Ein gutes Gedächtnis haben sie ja alle.“

Diese Neußerungen des „eisernen Kanzlers“ über den Geldengreis und dessen Sohn teilt Freiherr v. Wittmach in seinen eben erschienenen Bismarck-Erinnerungen (Neue Folge) mit. Auch soll Bismarck, da von sich selbst gesagt haben, er habe seinen König auf seinen Schultern auf den Kaiserthron getragen. Dazu das richtige, so wäre die Machtstellung der Hohenzollern auf das Konto eines — entlassenen „Gutsinspektors“ zu buchen. —

### Die russisch-französische Freundschaft.

Die Zahl der Stimmen, die sich gegen das französisch-russische Freundschaftsverhältnis wenden, mehren sich in Frankreich von Tag zu Tag. Dieser Umschwung der Geister ist namentlich der Aufklärungsarbeit der französischen Sozialisten zu danken, die seit Jahren bemüht sind, das Gewissen des revolutionären Frankreich zu schärfen.

In der letzten Nummer des „Europeen“ veröffentlicht der Schriftsteller Seignobos einen Artikel, in welchem er den französischen Kapitalisten, welche ihr Geld an Ausland herleihen, den Vorwurf macht, daß sie damit das autofranzösische Regiment in Ausland schießen und dessen Dauer verlängern. Ludwig 16. habe, um Geld vom Volke zu erhalten zu können, die Generalfstaaten einberufen. Der russische Selbstherrscher habe nicht nötig, die Semstwo oder irgend eine andre Vertretung zu diesem Zweck einzuberufen, denn

die französischen Kapitalisten überheben ihn dieser Mühe, sie versorgen ihn mit Geld. Frankreich ist also verantwortlich für alle, was die russische Regierung seit zehn Jahren getan, verantwortlich für die Fälschungen, Unterschlagungen und Gewalttätigkeiten der Bureaucratie, verantwortlich für die Eroberungspolitik und den Krieg in Ostasien und für die Niedermordung der russischen Arbeiter.

Im weiteren wendet sich der Verfasser gegen jede weitere Unterstützung Russlands mit französischem Geld. Was die großen und kleinen Kapitalisten Frankreichs wie Deutschlands nicht abhalten wird, dem Zarismus weitere Milliarden anzubringen, wenn er Sicherheit leisten kann und seine Zinsen pünktlich bezahlt.

# Die russische Revolution.

## Polizistengrenze in Lodz.

Ueber Polizeibrutalitäten in Lodz berichtet die Proklamation des Lodzer Komitees des „Bundes jüdischer Arbeiter“ folgende Einzelheiten:

In einem Kaffeehaus wurden achtunddreißig Arbeiter ohne Anlaß verhaftet. Im Hofe der Wachtstube Nr. 1 ließ man sie durch eine Reihe von Kosaken, die auf sie in gräßlicher Weise einhieben, Spießruten laufen. Doch das Schrecklichste erwartete sie im Gebäude der Wachtstube selbst. Dort warfen sich auf sie Polizisten jeden Ranges und verübten an ihnen unerhörte Gewalttätigkeiten. Die wehrlosen Arbeiter wurden auf den Kopf und ins Gesicht geschlagen, man warf sie zu Boden und trat sie mit den Füßen; viele wurden furchtbar verstümmelt; man riß ihnen die Ohren ab, schlug ihnen die Augen aus und riß ihnen den Mund ein.

Daran hatten jedoch die polizeilichen Auswürlinge noch nicht genug. Noch zu später Nachtstunde wurden die Verhafteten einzeln in ein abgegrenztes Zimmer gebracht, wo sich einige Polizisten, Kosaken und der Polizeiarzt befanden. — Ohne weiters! Laut, jodelnd dreingehend! Kommandierte der Arzt, indem er jedem neuzutretenden Arbeiter bloß in die Augen blinzelte. Und auf den Unglücklichen warfen sich die Wülfen, rißen ihm die Kleider vom Leibe und ließen mit den Fingern an der Haut entlang, bis er das Bewußtsein verlor.

Als man mit der Kleider vom Leibe zu reihen begann, erzählte einer der Verhafteten, „siehe ich mich mit aller Kraft zur Wehre. Man warf mich zu Boden und die Büchse nahm ihren Anfang. Im Beginn zählte ich die Hiebe und hörte das Rischen der Peitsche. Ich war bloß imstande, sechsundzwanzig Hiebe zu zählen; im Kopfe begann es mir furchtbar zu drücken und ich hörte und fühlte weiter nichts... Nun kann ich wieder liegen noch mich umwenden: ich bin voller Wunden. So hat man die menschliche Ehre und Würde mit Füßen getreten. Und weshalb?“

Der Haß und die Enttäuschung hat innerhalb der Arbeitererschaft den denkbar höchsten Grad erreicht und wird sich nun in entsprechenden Handlungen der Rache Luft machen.

## Auspeisung von Mädchen.

Ein Beamter in Odessa teilte einem Korrespondenten des „Daily Chronicle“ als einen der Gründe für den Anschlag gegen den Polizeimeister Solowin mit, daß einen Monat vor dem Attentat 127 politische Gefangene in dem Gefängnis von Odessa untergebracht waren. Unter diesen politischen Verdächtigen befanden sich fünf Mädchen, vier Christinnen und eine Jüdin, im Alter von 18—21 Jahren. Drei von ihnen hatten eine höhere Schule durchgemacht. Diese jungen Mädchen seien, ohne jedes Verhör, vollständig entkleidet und in grausamer Weise gepeinigt worden. Diese empörende Behandlung habe in Gegenwart mehrerer Polizeioberbeamten stattgefunden. Der Gewährsmann des „Daily Chronicle“ glaubt, daß der Klientel der Stille ein Bruder der mißhandelten Jüdin ist.

## Das Todesurteil gegen Sergius.

Der Moskauer „Naprod“ veröffentlicht den authentischen Text des Todesurteils gegen den Bluthund Sergius. Das Blatt erinnert zum besseren Verständnis daran, daß für den 18. und 19. Dezember 1904 (alten Stils, also 1. und 2. Januar 1905) von der russischen sozialistisch-revolutionären Partei in Moskau Demonstrationen angelegt waren, und da kurz vorher die Kosaken in Petersburg gegen die demonstrierenden Studenten gewühlt hatten, erließ das Moskauer Komitee folgende Kundmachung, die das Todesurteil enthält:

Das Moskauer Komitee der sozialistisch-revolutionären Partei erachtet es für angemessen, kundzugeben: Falls sich bei der für den 18. und 19. Dezember angelegten politischen Demonstration die Gendarmen und Polizisten ebenso tierisch benehmen werden, wie es in diesen Tagen in Petersburg geschah, wird die ganze Verantwortung für diese Barbarei auf die Haupt der Generalgouverneurs Gehörnten Sergius und des Polizeimeisters Trepow fallen und das Komitee wird vor der Exekution des Todesurteils an diesen beiden nicht zurücktreten.

Bei der Demonstration am 18. und 19. Dezember hat sich die Polizei gegen die Demonstranten wirklich barbarisch benommen; sie hat mit Raubgier auf die demonstrierenden Studenten losgeschlagen und mehrere verwundet. Damit haben Sergius und Trepow ihr eigenes Todesurteil bestätigt. Sergius hat seinen Lohn dahin. Trepow wird ihm zweifelsohne bei der ersten passenden Gelegenheit folgen. Schon lautet die Meldung auf, daß er seiner Diktatur in Petersburg müde jem. Der Rache des mißhandelten Volkes wird er nicht zu entfliehen vermögen.

## Sieg im Kaukasus.

Dem „Wostok“ wird auf Untwegen telegraphiert: Das ganze Kaukasus-Gebiet ist dem Aufstand ergeben. Die Arbeiter, Straßen und Eisenbahnen haben sich gegen das zaristische Regime erhoben. Das Militär zerstreut worden. Die Aufständischen haben den Truppen die Waffen, selbst Kanonen, abgenommen. Der General ist von der Bevölkerung gefangen gehalten. Die Arbeiter haben Lager außerhalb der Städte. Der Telegraphen- und Eisenbahnverkehr ist gestört. Die Dampfer werden in Baku nicht zugelassen.

Der amtliche russische Telegraph stellt den Sieg der Revolution in der Weise dar, daß er glauben machen will, die Revolutionäre „Macht“ nicht die Zarenshergen, sondern sich selber ab. Das für die amtliche Fälschungskunst bezeichnende Telegramm lautet:

Die Unruhen in Waku dauern fort. Die gegenseitige Erbitterung steigert sich bis zum Äußersten. Die Leute auf den Straßen fallen übereinander her, viele werden getötet oder verwundet. In einzelnen Stadtteilen wird geplündert. Die Häuser eines Stadtviertels stehen in Flammen. Die Lage der friedfertigen Einwohner ist schrecklich; es herrscht allgemeine Panik. Auch in Balaschan sind Unruhen ausgebrochen. Die in Waku stehenden Truppen sind offensichtlich unzureichend, um die Ordnung wieder herzustellen.

Truppen, denen die Revolutionäre die Gewehre und Kanonen abgenommen haben, sind allerdings „offensichtlich unzureichend“. Aber woher andre nehmen? Waku ist nicht Petersburg, nicht Warschau und nicht Lodz.

## Erhebt sich die Garde?

Die „Hamburger Nachrichten“ erfahren aus Petersburg: In der Kaserne der Garde-Regimenter wurden am Freitag abend nach dem Attentat Flugblätter verteilt, in denen die Hinrichtung des Großfürsten Sergius als ein weiterer Fortschritt auf dem Wege zur Freiheit gefeiert wird. Die Geheimpolizei ist einer weitverzweigten geheimen Organisation unter den Garde-Kosaken auf die Spur gekommen. Als die Verhaftung der Führer vorgenommen werden konnte, kam es zu einer förmlichen Meuterei, die nur mit Mühe unterdrückt werden konnte. In einer zweiten Gardekaserne wiederholten sich die Vorgänge. Trepow ließ sich erschreckt Vortrag halten und befahl die strengste Untersuchung.

## Ein Anschlag auf Wladimir?

Am Sonnabend abend wurde im Petersburger Palais des Großfürsten Wladimir eine genaue Durchsuchung vorgenommen, weil die Polizei eine Verschwörung gegen ihn entdeckt haben will. Es soll sich ergeben haben, daß einige Diener mit der terroristischen Partei im Bunde stehen. Offiziell wird dieser Zweck der Durchsuchung des Palais Wladimirs geleugnet und behauptet, daß es sich nur um eine technische Untersuchung gehandelt habe, da die elektrische Leitung schadhaft geworden sei. Wladimir hat für Petersburg dieselbe Stellung inne, die Sergius in Moskau zu seinen Bestialitäten die Macht gab.

## Der Schülerstreik in Polen.

Der Schülerstreik nimmt große Dimensionen an. Fast alle Schulen Polens sind geschlossen. Vor den Schulkolonen sind Polizei-, Gendarmen- und Militärpatrouillen postiert; es wird über viele Zusammenstöße mit wehrlosen Kindern und über Verhaftungen berichtet. Auch die Volksschulen werden jetzt von der Auslandsbewegung erfaßt, nicht nur in Warschau, sondern auch in den polnischen Landgemeinden. In den Bezirken Lomza, Plock und Siedlce haben die Bauern einer Reihe von dörflichen Gemeinden sich geweigert, ihre Kinder zur Schule zu schicken; sie wollen auch keine Beiträge mehr zur Erhaltung der Schulen zahlen, solange der Unterricht nicht in polnischer Sprache erfolgt. Infolgedessen mußten die Elementarschulen in Czestochowa, Stawisk, Rogietz und an andern Orten vorläufig geschlossen werden.

In dieser Not hat der russische Kurator im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur angeordnet, alle Gymnasien und Realschulen zu schließen. So muß der Zarismus in Polen schon vor den Kleinen klein beigegeben.

## Die Ausbreitung der Streifbewegung.

Es liegen darüber folgende Meldungen vor:

Warschau: Die Situation an der Wien-Warschau-Bahn verschlechtert sich mit jeder Stunde, ein allgemeiner Ausbruch droht zum 1. März. Von Warschau aus begeben sich viele Arbeiter auf die Dörfer. Täglich treffen dort 200 Wagen leerer Kohle ein. Diese Zufuhr dürfte indessen bald aufhören, denn der „Warsauer Zeitung“ zufolge ist jetzt der Gesamtverkehr nach Rußland über Sosnowice eingestellt worden, auch die Verbindung Katowitz-Sosnowice ist unterbrochen. — Der jüdische Lederhändler Zwiebel wurde in seinem Hause von jüdischen Arbeitern ermordet. Auf den Direktor einer Eisenfabrik Körner wurde, als er von einer Besprechung mit den Arbeitern zurückkehrte, ein Mordanschlag gemacht, der jedoch mißlang. — Infolge der Einstellung der Petroleumtransporte durch die Südbahnen leiden fast alle Stationen in Polen unter Petroleummangel. Die Vorräte sind fast erschöpft, die Preise bedeutend gestiegen.

Moskau: Die Angestellten der Moskauer-Petersburger Eisenbahn sind in den Ausstand getreten. Es gehen daher auf dieser Bahn von Moskau keine Züge.

Vibau: Die Zahl der Ausländigen ist bis zur Hälfte der gesamten Arbeiterzahl angewachsen und beträgt zurzeit 2500.

Sudum-Sale (Gom. Kutais): Hier ist der Generalausstand ausgebrochen. Die Geschäfte wurden geschlossen. Es gibt weder Brot, noch Fleisch, noch sonstige Waren zu kaufen. Unter militärischem Schutze wurden zwei Fleischbuben geöffnet. Auf den Straßen ist eine Menge Arbeitsloser. Ueberall sieht man Militär. Viele Einwohner der Stadt hungern.

Lodz: Die Arbeiter sind bereits in der vierten Woche anspruchlos.

Kosow: Hier hat ein Ausstand der Arbeiter der Stadtbahn begonnen.

Charkow: Die Arbeiter in den Konstruktivmaterial-Niederlagen sind in den Ausstand getreten.

Zereterinoslaw: Die Verkäufer in den hiesigen Lebensmittelgeschäften sind in den Ausstand getreten.

Jermer ist in Kaluga und in Remo-Nadomsk der Generalstreik ausgebrochen. Die Züge verkehren nicht. In Kiew haben die Delegierten der Beamten und Arbeiter der Südbahnen den allgemeinen Ausstand beschlossen. Der russische Eisenbahnverkehr scheint bald völlig lahmgelegt zu werden.

## Die zarische Soldateska an der Grenze.

Der preussische Staatsanwalt in Oppeln sieht sich gezwungen, den folgenden Steckbrief zu erlassen:

Gegen die russischen Grenzsoldaten Fedor Mikhael (Kosak) vom Bataillon bei Olschitz und Sergei Garaschkin

(Garaschkin) der Grenzgarde der Ostbahn ist die Untersuchung wegen Mord, Hausfriedensbruchs, Freiheitsberaubung und Grenzverletzung verhängt. Verhaftung und Mitlieferung in das nächste Gefängnis.

Die russischen Wächter des Zarats begehen also ihre Verbrechen schon auf preussischem Boden! —

## Letzte Nachrichten.

Sb. Petersburg, 22. Februar. Gestern kam es zwischen Arbeiterinnen und Kosaken zu Zusammenstößen, wobei zwei Personen getötet und 15 verwundet wurden. Die Arbeiterinnen stachen mit ihren Scheren gegen die Kosaken. Zahlreiche Kavallerie-Einheiten durchzogen die Arbeiterquartiere. Die Lage ist noch immer sehr ernst.

Sb. Paris, 22. Februar. Bei den gestrigen Krawallen vor der Arbeiterbörse kam es zwischen Polizeibeamten und ausländischen Metallarbeitern zu Zusammenstößen, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden, welche in das Hospital gebracht werden mußten. Die Arbeiter veranstalteten darauf eine Kundgebung, indem sie unter Borantragung einer roten Fahne durch die Straßen zogen. Der Polizei gelang es nicht, die Fahne zu beschlagnahmen. Bei den abendlichen Zusammenstößen wurden auch viele Polizeibeamten verletzt.

Sb. Paris, 22. Februar. Nach einer Meldung aus Petersburg besagte sich Kuropatkin über die in der Armee bestehende große revolutionäre Propaganda, welche besonders von Ärzten und Reservisten geschürt werde. Er verlangt eine bessere Auswahl der für die Mannschaft bestimmten Truppen und erwartet einen geeigneten Ersatz für diese Ärzte und Reservisten. General Sacharow soll die Gelegenheit dazu benutzt haben, um dem Zaren die Bedeutung dieser Mißstände darzulegen und die Abschaffung Kuropatkins befürwortet haben, ebenso die des Generals Wiberling, in dessen Armee sich insbesondere diese unruhigen Elemente befinden.

Sb. Petersburg, 22. Februar. Der Zar beauftragte den Fürsten Wassilitschikow mit der Untersuchung der Ursachen der Unruhen. Der Fürst weist in seinem Bericht auf den Generaladjutanten Jullon, den früheren Stadthauptmann, als direkte Ursache der Unruhen hin. Die Petersburger Polizei hätte unter Jullons Leitung geschlossen.

Sb. Paris, 22. Februar. Das hier erscheinende Organ der russischen Revolutionäre „La Tribune Russe“ bemerkt, daß Capon sich heil und gesund in Sicherheit befindet.

\* Petersburg, 22. Februar. Ueber die Persönlichkeit des Mörders an Sergius ist Bestimmtes noch nicht festgestellt. (Stelleicht haben sie ihn gar nicht erwirkt und wissen nun nicht, was sie der Welt vorlegen sollen. Red.)

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 22. Februar 1905.

Genosse Richard Nitsch hat heute für einige Zeit der preussischen „Freiheit“ Lebewohl gesagt, um im „Saloz“ zu Commern über die von ihm als verantwortlicher Redakteur der „Volkstimme“ begangenen „Verbrechen“ hille Betrachtungen anzustellen. Einweilen wird sich sein Aufenthalt daselbst auf 6 Wochen erstrecken. Wir haben also bald das Vergnügen, den Genossen Nitsch wieder in unserer Mitte weilen zu sehen und dürfen wohl hoffen, daß die Gast seiner Gesundheit nicht allzu großen Schaden zufügt. Anzulange wird der Preßstiller sich allerdings nach Verhängung der 6 Wochen seiner Freiheit nicht erfreuen können, wenn nicht das Reichsgericht ein Einsehen hat und das Urteil kassiert, das ihn zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Zusammen wird er, selbst wenn das Urteil bestätigt wird, eine kleine Pause zur Erholung zwischen der Verbüßung beider Strafen haben.

Die Parteiverfassungen, die gestern in den einzelnen Bezirken stattfanden, waren durchweg nur mäßig besucht. Die Beratungen gegenüber scheinen keine allzugroße Anziehungskraft ausgeübt zu haben. Soweit uns Berichte über die einzelnen Versammlungen zugegangen sind, geben wir sie im nachfolgenden wieder. Die fehlenden Bezirke haben es unterlassen, uns rechtzeitig über das Ergebnis der Versammlung zu berichten.

## Magdeburg Nord.

Die Versammlung im „Dreikaiserbund“ war von etwa 30 Genossen besucht. Wie in allen Bezirksversammlungen wurde über die Vornahme einer Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder für den Sozialdemokratischen Verein verhandelt. Beginnend am nächsten Sonntag, 26. d. M., soll eine intensive Hausagitation vorgenommen werden. Die Genossen, die sich daran beteiligen wollen, werden gebeten, sich bis Freitag abend in der Buchhandlung Volksstimme zu melden. In der Diskussion wurde auch auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge und die spätere Anstellung eines Parteisekretärs hingewiesen. Einmütig wurde beschlossen, den Vorstand zu eruchen, auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung die Beratung über Erhöhung der Beiträge zu setzen.

## Witkeimstadt.

In der leider nur schwach besuchten Versammlung erstattete Genosse Tielich zunächst Bericht über die Ergebnisse der an den beiden letzten Sonntagen vorgenommenen Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder für den Sozialdemokratischen Verein und Leser für die „Volkstimme“. Danach sind an den genannten Tagen, an welchen nur ein kleiner Teil des Stadtleibes bearbeitet werden konnte, 34 neue Mitglieder gewonnen worden. Allgemein wurde dies Ergebnis mit Befriedigung entgegengenommen und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Weiterführung der Agitation uns noch bessere Erfolge bringt. Alle Diskussionsreden gipfelten in dem Bestreben, neue gangbare Vorschläge zur größeren Erweiterung des Leserkreises der „Volkstimme“ und zur Gewinnung neuer Mitglieder zu machen. In der nächsten Versammlung Material überwiegen wurden. Nach einer kurzen Vorlesung über den Lebensgang des in Philadelphia verstorbenen alten Parteigenossen Frischke, dessen Andenken die Anwesenden in der üblichen Weise ehrten, erfolgte Schluß der Versammlung.

## Alte Neustadt.

Die mäßig besuchte Versammlung beschloß, eine intensive Hausagitation zu veranstalten und die Einzelheiten des Plans in der nächsten Versammlung festzusetzen. Das ungewählte Präsidiumsmitglied Genosse Knöler ist aus dem Stadtleib verzoogen. In der nächsten Versammlung soll daher Neuwahl stattfinden. Bis dahin soll ein Mitglied der Bezirksleitung an den Sitzungen der Präsidiumskommission teilnehmen.

In Budauf fiel die Versammlung wegen zu schwachen Besuchs aus.

Eine öffentliche Frauenversammlung findet am Donnerstag den 23. Februar, abends 8 Uhr, im „Luisenpark“ statt. Die Genossen und Genossinnen werden eruchtet, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Vom Arbeitsnachweis der Metallindustrie. Die gestrige Gerichtszeitung über die Verhandlungen der Strafkammer registriert folgenden Fall:

Der Schlossergeselle Emil Besthorn hier, geboren 1865, erhielt im Arbeitsnachweis des Verbandes am 23. Juni 1904 einen abschläglichen Bescheid und beleidigte, darüber aufgebracht, den Geschäftsführer Liebenberg, machte sich auch des Hausfriedensbruchs schuldig. Am 26. Juni kam Besthorn wieder und mußte gewaltfam entlassen werden. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten am 22. Oktober von der Anklage der Belästigung und des Hausfriedensbruchs frei. Die Be-

## An die Sozialisten aller Länder.

Genossen!

Das Proletariat Russisch-Polens hat dem blutdürstigen Zarentum den Krieg erklärt. Auf das Lösungswort hin, welches die Komitees der polnischen sozialistischen Partei ausgaben, stand in der Hauptstadt Polens, in Warschau, jede industrielle Tätigkeit still. Von den größten Fabriken bis zu den kleinsten Werkstätten streikten alle. Das gesamte Wirtschaftsleben stockte in dieser Stadt, die nicht viel unter einer Million Einwohner zählt. Die Zeitungen hörten auf zu erscheinen, die Schulen wurden geschlossen, die studierende Jugend schloß sich den Arbeitern an. Dem Beispiel von Warschau folgte Lodz. 150 000 Arbeiter des Bezirks Lodz stellten sich an die Seite ihrer Warschauer Brüder. Einige Tage später war die ganze Arbeiterschaft der größeren und kleineren Städte Polens in den Streik getreten, um Protest einzulegen gegen die Bedrückung durch die zarische Regierung, gegen die ökonomische Ausbeutung und die nationale Unterjochung. Alle Bergwerke und Eisenhütten des Kohlenreviers von Dombrowa und Sosnowice standen still, alle Arbeit hörte auf in den riesigen Fabriken von Czenstochau und Zawiercie, ja der Generalstreik dehnte sich selbst auf die kleinsten Industrieorte Polens aus, er erreichte selbst isolierte ländliche Zuderfabriken.

Wie ein Mann trat das Industrieproletariat Russisch-Polens, fast eine halbe Million Arbeiter, in den Kampf, es forderte vollständige nationale Freiheit, ein eigenes demokratisches Parlament in Warschau und Arbeiterrechte. Die zwölfjährige Arbeit der polnischen sozialistischen Partei ist nicht umsonst gewesen. Das arbeitende Volk Polens ist sich heute schon seiner sozialistischen Ziele bewußt und benutzt die verzweifelte Lage des Zarentums, um das zu fordern, was ihm von Rechts wegen gebührt.

Aber noch ist unser Feind zu stark, als daß ein kühner Streich ihn fällen könnte. Zu seiner Verteidigung stehen in unserm Lande Hunderttausende landfremder Soldaten bereit. So fließt denn Arbeiterblut in Strömen. Allein in Warschau wurden schon über 100 Menschen getötet. Die Hauptstadt Polens wurde der toll gewordenen russischen Soldateska preisgegeben, und diese mordet und raubt, in Gemeinschaft mit den von der Regierung zum Raub ermunterten Auswürflingen des Lumpenproletariats. In den Straßen von Warschau werden Arbeiter von Soldaten niedergeschossen und russische Offiziere nehmen tätigen Anteil an der Plünderung. Auch aus Lodz kommen schon Nachrichten über Zusammenstöße der Arbeitermassen mit der wilden Soldateska. In den Städten und Fabriken Polens spielt sich eine große gefährliche Tragödie ab: die Armee der Zukunft, die Armee des sozialistischen Proletariats kämpft gegen die finstere Macht eines wilden Barbarentums, das unser Land in ewiger Knechtschaft zu halten trachtet.

Genossen! Dieser Kampf, den gegenwärtig das polnische Proletariat führt — er ist ein Kampf auch für eure

Freiheit, denn er richtet sich gegen den gefährlichsten Feind des ganzen zielbewußten Proletariats, der ganzen europäischen Demokratie. Das Blut der polnischen Proletarier, das so reichlich in den Straßen von Warschau fließt, es fließt auch für eure Sache. Wir rufen euch also an, Genossen: kommt den Opfern dieser gewaltigen Bewegung zu Hilfe, ermöglicht uns den weiteren Kampf mit dem fluchbeladenen Zarentum. Noch nie war es so notwendig, die internationale Solidarität des Proletariats durch die Tat zu bekräftigen, wie jetzt.

Für das auswärtige Komitee der polnischen sozialistischen Partei:  
S. Raniowski. St. Karcki. M. Lusnia. S. Plochocki.  
St. Wojciechowski. A. Bronski.  
Februar 1905.

Alle Spenden zugunsten der revolutionären Bewegung in Russisch-Polen sind an folgende Adresse zu richten:

Ignaz Daszynski, Reichsrats-Abgeordneter, Krakau, Oesterreichisch-Polen. —

## Deutscher Reichstag.

(144. Sitzung.)

Berlin, 21. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Niemand.  
Zunächst wird die Abstimmung über den Toleranzantrag des Zentrums, bei der sich am Sonnabend die Beschlußfähigkeit des Hauses ergeben hatte, wiederholt. Der Toleranzantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 151 gegen 113 Stimmen an einer Kommission verwiesen.

Es folgt die Beratung des von den Abgg. Auer (Soz.) und Genossen eingebrachten Gesetzesentwurfs zur Errichtung eines

Reichsarbeitsamts, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern.

Damit verbunden wird die Beratung eines Antrags der Polen über den gleichen Gegenstand und eines Antrags der Nationalliberalen auf Einrichtung eines Reichsarbeitsamts, das die Befugnisse der jetzigen Kommission für Arbeiterstatistik haben soll.

Abg. Tiele (Soz.): Die ersten in der Richtung unseres heutigen Antrags liegenden Vorschläge gehen auf die Jahre 1869 und 1877 zurück. Unser heutiger Antrag wurde schon im Jahre 1885 von uns gestellt. Aber man hat immer Geld, um es in die Kolonien zu stecken, aber nicht für die Arbeiter. 10 Jahre nach den berühmten Februar-Erlässen Kaiser Wilhelms 2. konnte die Kommission des Reichstags erklären, daß unser Antrag abzulehnen sei, weil er nichts geringeres bezwecke, als die Unterwerfung der gesamten gewerblichen Kluft der Einzelstaaten an die neuerrichtende Behörde. Das Zentrum hat ja ebenfalls schon 1890 einen Antrag auf Bildung von Arbeitskammern eingebracht, aber nie etwas dafür getan, um ihn mit seiner ausschlaggebenden Gewalt zur Durchführung zu bringen. (Widerspruch i. Ztr.) Man kennt ja die alte Falschheit Ihrer Partei, die den Arbeitern immer nur einen Scheinbillet 1899 verordnete der Reichstag drei volle Tage auf Beratung dieser Anträge, aber seitdem ist die Sache keinen Schritt vorwärts gekommen. Graf Posadowsky meinte freilich, daß mit der Erlaubnis an Gewerbegerichte, Gutachten abzugeben und Anträge zu stellen, ein wesentlicher Teil der Forderung auf Arbeitervertretung erfüllt sei, und daß das Reichsarbeitsamt nur eine Selbständigmachung der jetzt am Reichsamt des Innern bestehenden Abteilungen sein könne. Aber uns scheint der Bedeutung einer solchen Behörde eine untergeordnete Stellung nicht zu entsprechen. Einer Abordnung des antisozialdemo-

kratischen Arbeiter-Kongresses zu Frankfurt ver sprach der Reichstanzler ernste Erwägung. Seit 1 1/2 Jahren ist er damit nicht zu Ende gekommen. Alle unsere Forderungen für die Aufgaben des Reichsarbeitsamts, der Arbeitsämter, der Arbeitskammern und der Einigungsämter sind längst von allen Parteien und von der Regierung als notwendig anerkannt worden, und sind sofort durchführbar. Wenn die Regierung trotzdem unsern Antrag für unannehmbar erklärt, so tut sie es deshalb, weil durch ihn die Rechtfertigung des Arbeiters im wirtschaftlichen Leben und Kampf beseitigt würde.

Wir fordern Arbeitskammern, die aus Unternehmern und Arbeitern paritätisch zusammengesetzt sind, nicht reine Arbeiterkammern, weil wir glauben, daß die Beschlässe der Arbeitskammern bei den Beschwerden wenigstens einigermaßen Beachtung finden werden. Während wir volle 20 Jahre diese Forderung gestellt, aber nichts erreicht haben, sind uns andre Länder weit vorangehritten. In den Vereinigten Staaten gibt es nicht weniger als 34 Arbeitsämter, in England gibt es solche seit 1893, in Frankreich seit 1891, in Belgien seit 1897. Selbst Oesterreich, welches immer langsam vorangeht, hat seit 1888 ein arbeitsstatistisches Amt, welches nicht nur Erhebungen macht. In Deutschland haben wir seit 1892 allerdings eine Kommission für Arbeiterstatistik. Wir haben seit 20 Jahren die Gewerbe-Inspektoren, wir haben die Statistik der Alters- und Invaliditätsversicherung, aber alles ist Stückwerk. Viele bürgerliche Sozialpolitiker haben sich daher für die Arbeitsämter ausgesprochen. Wenn die Regierung sich für ihre ablehnende Stellung früher darauf berief, daß unsere Anträge im Reichstag keine genügende Unterstützung finden, so fällt auch dieser Vorwand künftig weg, denn die Polen, die Nationalliberalen und das Zentrum haben Anträge gestellt, die im Kern auf dasselbe hinauskommen wie der unsere. Wir haben Landwirtschaftskammern, Gewerbekammern, Handelskammern, warum wollen Sie nicht Arbeitskammern zulassen? Die Fische im Wasser, das Wild im Walde hat seine Schonzeit, und wer diese Schonzeit durchbricht, wird härter bestraft als wer die Schonzeit für die Arbeiter durchbricht. Der Raubbau an Menschen ist noch ohne Einschränkung. Ueber die Fucht von Kalt- und warmblütigen Tieren unterrichten uns die Herren von der Rechten genauer als wir die Regierung über das Arbeiterelend unterrichten können. Kenntnis von dem Leben von Millionen unserer Mitbürger kann der Regierung nur eine Organisation der Arbeit geben. In den Arbeitskammern würde sich kein so engherziger, kleinlicher, selbstischer Geist geltend machen wie in den andern Interessensvertretungen. Schon aus Geschäftsklugheit sollte die Regierung einmal changer à gauche machen. Auf die Dauer muß es doch langweilig sein, immer nach der agrarischen Pfeife zu tanzen. (Heiter.) Je mehr die Regierung sich drängen läßt, desto mehr verliert sie den Anspruch, auf die Anerkennung und das Vertrauen der Arbeiter, die in einer ethischen bürgerlichen Regierung sonst sehr wohl Vertrauen haben könnten. Aber die Regierung ist hart nur gegenüber den Arbeitern, gegenüber dem Kapital ist sie schwach. Der Herr Reichstanzler geht zu den Landwirten und gratuliert ihnen zu ihrer Ernte an sonnigen Tagen, an dem 200 000 Vergeltende auch einen Erntetag hatten, an dem sie zu Kreuze kriechen mußten, weil sie keine gesetzliche Vertretung hatten. Die Arbeiter sind sehr wohl reich genug für eine solche. In ihren eignen gewerkschaftlichen Organisationen leisten sie unter den schwierigsten Verhältnissen mehr, als irgend eine andre Berufsklasse leisten würde. Die Regierung gewöhnt durch die Untätigkeit die Arbeiter immer mehr an den Gedanken, daß sie nur gegen die Regierung etwas erreichen können. Der Herr Staatssekretär Graf Posadowsky befreit den sozialdemokratischen Staat im Staate. Aber vorläufig sollte er einen andern Staat im Staate fürchten, jenen, dessen Vertreter erst neulich einen Minister heruntergehupft haben in einer Weise, wie kein Direktor seinen Bureauchef herunterhupfen würde. (Heiterkeit.) Daß die Regierung sich weigert, ihr altes Versprechen einer Arbeitervertretung einzulösen, kann nur den Grund haben, daß sie fürchtet, diese Arbeiterkammern würden sich zu einer fürchtbaren Anklagebank gegen die bestehende Gesellschaft, den Blödsinn und die Barbarei ihrer Produktionsweise gestalten. Die Regierung fürchtet, daß die Klasse, die lange genug unterdrückt worden ist, endlich zur vollen Erkenntnis ihrer Lage kommt, daß die Intelligenz und Organisationskraft der Arbeiter wächst. Wir gratulieren dankend über diese Erkenntnis. Aber die Arbeiter bitten nicht mehr um eine Vertretung, sie fordern sie, und wir fordern sie im Namen der Millionen, in deren Leben keine Wärme, keine Liebe dringt. Sie haben dem Kapital längst schon mehr gegeben, als des Kapitals ist, geben Sie nun auch den Arbeitern endlich, was ihnen zukommt. Wenn wir die Arbeiterforderungen nicht mit Hilfe der Regierung verwirklichen können,

## Feuilleton.

Redaktion verboten.

### Das schlafende Heer.

Roman von Clara Biebig.

(10. Fortsetzung.)

Der Eraber, der sich dahin Lammfromm gestanden, stürzte plötzlich, nun sie einsteigen wollten.

Unruhig zog er an, stieg wild und prallte dann zur Seite, gerade noch, daß Doletschal ihn vom Graben zurückwies. Eine Staubwolke kam vom Dorf her über die Felder geflogen, und in der Staubwolke war Peitschengetrassel, Pferdegetrappel und Hundegebell.

„Ach, die Garczynskis!“ Nicht angenehm überrascht, sagte Helene nach dem Arm ihres Mannes.

Da war auch schon der hochrüdige Jagdwagen, glänzend lackiert, mit viel Rot an den Rädern, und innen die Sitze hell ausgefärbt.

„Attrappiert, meine Herrschaften! So — halt!“

Auf einen Knick standen die vier jungen Pferde neben dem Korbwägelchen, mit schnaubenden Müstern, noch zitternd vor Erregung, und schäumten ins Gebiß. Zwei englische Doggen, riesige Tiere mit Stachelhalsbändern, schnackten ihnen dumpf bellend nach den Mäulern.

Der Lenker hoch oben auf dem Boß grüßte galant mit der Peitsche: „Ich lege mich Ihnen zu Füßen, gnädigste Baronin — das nenne ich Glück, Ihnen hier zu begegnen! Ihr Diener, Doletschal! Ihr Weizen ist großartig! Sehr erfreut, wie steht das Befinden?“

Herr von Garczynski hatte viel von einem Partiser oder Wiener an sich. Gewandt schwang er sich vom hohen Sitz herunter, dem Diener, der hintenauf hockte und nun beifüßigen herbeieilte, die Fügel zuwerfend. An Helenes Seite tretend, führte er ihre Hand an die Lippen.

Die Doletschals mußten halten bleiben.

Im Schwaldborger Jagdwagen saßen, gegenüber von Frau von Garczynska, ihr einziger Sohn, ein vornehm aussehender Junge, und der Vikar Gorfa.

Frau von Garczynska hatte sich den Sitz auf der seit-

lichen Bank noch durch eine Menge von seidenen Stößen bequem machen lassen; sie lag zurückgelehnt, und der Schirm, den eine blonde junge Person, halb Dame, halb Dienerin, zum Schutz zwischen sie und die feurig untergehende Sonne hielt, ließ warmrosige Schatten auf ihr blaßes Gesicht fallen.

„Gnädigste Baronin haben sich wohl Neues in der Kolonie angesehen?“ fragte Garczynski. „Sehr erfreuliche Fortschritte, nicht wahr? Wir haben unsern hochverehrten Herrn Vikar ein wenig entführt — die Herrschaften kennen sich? Ah, nur vom Hörensagen? Gestatten Sie!“ Er stellte vor, und dann bewickelte er, den Arm auf die Lehne des Korbwägelchens gelegt, Helene in ein längeres Gespräch. Eingehend fragte er nach ihren Kindern.

Es blieb Doletschal nichts übrig, als sich mit Frau von Garczynska zu beschäftigen. Sie winkte ihn zu sich herüber. Mit dem zärtlich-wehmütigen Lächeln, das ihr Gesicht so sehr anziehend machte, lächelte sie ihn an, als er zu ihrem Wagenschlag trat.

Ob diese Frau glücklich war?! Doletschal legte sich im Augenblick, als ihn ihr Lächeln traf, diese selbe Frage vor, die sich schon viele vor ihm vorgelegt hatten. Kam der heutige Glanz in diesen schönen Augen von Tränen? Und was suchte dieser starr verlorne Blick in weiter Ferne?!

Als Doletschal die weiche Hand bei der Begrüßung in die seine nahm, fühlte er einen kurzen, festen Druck, den er den zarten Fingern kaum zugetraut.

„Ich werde zu Ihnen hinüber kommen,“ sagte sie. „Ich setze mich in Ihr Korbwägelchen, es ist ganz reizend! Ja, ich will,“ setzte sie im Ton eines verzogenen Mundes hinzu, als er etwas von „unbequem“ und „eigentlich nur zwei Sitze“ murmelte. „Ihre Gattin wird mit Garczynski auf dem Thron sitzen. Alexander,“ rief sie ihrem Mann in elegantem Polnisch zu, „wir fahren gleich weiter, ich bin müde! Die Kolonie interessiert mich zu wenig — ein andermal! Nimm die Baronin auf Deinen Boß; ich fahre mit Doletschal. Wir fahren über Niemcewce nach Haus zurück!“

Plötzlich lebhaft geworden, drückte sie ihrem Gegenüber, dem priesterlichen Herrn, ein paar der weichen Rippen in die Arme. „Hier, Herr von Gorfa, seien Sie auch einmal galant! Bitte, tragen Sie mir die dort hinüber! Herr von

Doletschal, bitte!“ Ganz hilflos streckte sie beide Arme aus. „Der Wagen ist abscheulich hoch, ich traue mich nie allein herunter. Ah — ah —!“

Wie eine Feder flog sie durch die Luft; als Doletschal sie herunterhob, fühlte er ihre ganze Grazie. Ihr ein wenig verschobenes Kleid zurecht zupfend, lachte sie jetzt und flüsterte dankend in die Hände: „Scharmant, ganz scharmant! Changez les dames, changez!“

„Muß ich?“ schien Helenes Blick ihren Mann zu fragen, als er von Garczynski ihr die Hand zum Umsteigen bei Doletschal senkte die Hand — sie verstand diese stumme Mahnung; es lag ihm nun einmal daran, mit den Doletschals, wenn auch nur in rein äußerlich aufrichtig erhaltener, wenn Beziehungen zu stehen. So schickte sie sich hinein; aber ihre Bewegungen waren steif, ihre Miemen abgemessen.

Mit lebenswürdigen Lobpreisungen neckte sich Frau von Garczynska auf dem kleinen Korbwägelchen um; sie war noch nie so niedlich gefahren, hier war's sie tausendmal bequemer als auf dem großen Jagdwagen! Als der junge Vikar ihr die gewünschten Rippen an den Rücken schob, dankte sie ihm mit ihrem zärtlichen Lächeln; aber die Rippen mies sie gleich wieder zurück; die Hand sie hier ja gar nicht nötig!

Mit einer stummen Verbeugung war er zurück. Er hatte sich ebenso gut in der Zucht, wie seinen Schüler. Sie hatten beide noch kein Wort gesprochen.

Auch die blonde Fose, die sich aufstrebte, mit dem Schirm hinter ihre Herrin zu klammern, wurde abgewiesen. „Ich brauche Dich nicht, Stasia! — Wie herrlich ist die Sonne! Wie wunderbar gefärbt die Wolken sind!“ Frau Jadwigas Augen schwammen. „Fahren Sie, Baron, he, voran!“ Ihre Brust hob sich, als wollte sie springen im Uebermaß der Empfindung. „Ich bin entzückt! Fahren Sie, fahren Sie — schneller in die Sonne hinein, schneller!“

Der Eraber strengte sich an. Mit ausgezeichneter Kunst die vier wilden Pferde, die der Diener inzwischen kaum hatte zügeln können, zu langsamem Tempo zwingend, fuhr Garczynski nach.

(Fortsetzung folgt.)

werden wir sie ohne und gegen die Regierung durchzusetzen wissen. (Weiß, Zeit. d. d. Soz.)

Zur Begründung des nationalliberalen Antrags erhält das Wort Abg. Dr. B a g i g : In unserer Partei herrscht heute nicht mehr die Theorie des patriarchalischen Systems, aber die neue Theorie, die auf die Kaiserlichen Februar-Erlasse von 1890 zurückgeht, hat sich noch nicht völlig durchgesetzt. Redner empfiehlt den Antrag seiner Fraktion und weist sich gegen die sozialdemokratischen Anträge. Er akzeptiert allerdings die Kapitelüberschriften dieses Antrags (Weiterheit), doch nur als Programm; ihr Inhalt dürfte sich kaum als praktische Unterlage für die Verhandlungen empfehlen. Für den Zukunftsstaat mögen diese Forderungen gut sein. Im Gegenwartszustand sind sie einfach unausführbar. (Widerpruch d. d. Soz.) Die Zusammenfassung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gemeinsamen Institutionen wird dem sozialen Frieden förderlich sein, wenn sie auch große Streiks nicht durchweg verhüten wird. Ich bitte zunächst unsern Antrag anzunehmen. (Weißall b. d. Natl.)

Abg. K u l e r z i (Pole) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der Meinung nach enthalten die Februar-Erlasse auch das Versprechen der Arbeitstammern. Aber die Regierung scheint sich vor den Unternehmern zu fürchten, wir sehen ja, wie Herr Müller vor Herrn Schröder zusammenbricht. Wir haben Handelstammern, Handwerksstammern, warum denn da keine Arbeitstammern? Gestifteten schon Arbeitstammern, so wäre der Streit an der Ruhr vermieden worden. Die Grundfrage ist die Arbeiterorganisation, die höchste Zusammenfassung wäre dann das Reichsarbeitsamt sein. (Weißall b. d. Polen.)

Abg. T r i m b o r n (Str.) Wir leben auf dem Boden der Februar-Erlasse von 1890, welche ausdrücklich eine Standesvertretung der Arbeiter in Aussicht stellen. Der sozialdemokratische Redner hat die zahlreichen Bemühungen des Zentrums in dieser Angelegenheit oft mit völliger Gleichgültigkeit übergegangen. Der sozialdemokratische Antrag verlangt auch die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter, das würde einfach auf eine Majorisierung der Industriearbeiter hinauslaufen. Wir wünschen die Einbeziehung einer Vertretung für die geistigen Arbeiter sowie für die Privatbeamten, wenn wir auch die Dreiteilung im Unternehmertum, Privatbeamtenschaft und Arbeiterschaft nicht wünschen. Wir können aus den angegebenen Gründen dem sozialdemokratischen Antrag nicht zustimmen, höchstens können wir ihn bei der zweiten Lesung der Regierung als Material überweisen. Eine Kommissionberatung würde unnötiger Zeitverlust sein. — Die nationalliberalen und polnischen Anträge verlangen ein Reichsarbeitsamt. In der Tat ist das Reichsamt des Innern überlastet; in ganz Europa gibt es kein Beispiel, dem so vielfältige Aufgaben gestellt sind. Insbesondere muß das Reichsarbeitsamt ebenso wie das Reichsversicherungsamt dem Reichsamt des Innern unterstellt bleiben. Wir werden einseitig für den nationalliberalen Antrag eintreten, den polnischen Antrag oder können wir nicht ohne weiteres akzeptieren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der polnische Antrag weist dem Reichsarbeitsamt nicht nur sozialpolitische Aufgaben zu, sondern läßt es auch als Einigungsamt funktionieren. Innerhalb können wir den polnischen Antrag schon bei der ersten Lesung der Regierung als Material überweisen. Dem sozialdemokratischen Antrag werden wir bei der zweiten Lesung diejenige Behandlung zuteil werden lassen, die er verdient. (Lachen b. d. Soz., Weißall b. d. Str.)

Abg. B a u e r (Sax.) Wir können keinem der drei Anträge zustimmen. (Lachen b. d. Soz.) Bei den Berufsvereinigungen, bei den Gewerkschaften und den Gewerkschaften haben die Arbeiter ihre Vertretung. (Weiterheit b. d. Soz.) Wenn wir noch weiter auf dieser Bahn gehen, dann können wir mit dem Auslande bald gar nicht mehr konkurrieren. (Gelächter b. d. Soz.)

Abg. W a g d a n (Frey, Sp.) Ohne Zweifel haben die Arbeiter ein Recht auf Arbeitstammern, da ja auch die anderen Stände ihre geistliche Vertretung haben. Ich weisze allerdings ein wenig davon, doch Vertretungen unter staatlicher Aufsicht mehr leisten, als freie Organisationen. Die Anträge sind zum Teil sehr unklar gehalten, und die Begründung des Antrags lautet auch so der Regierung nicht leicht, die vom Abgeordneten Tiede vorgeschlagene Wendung nach links zu verlegen. (Weiterheit b. d. Soz.) Trotz dieser Mängel stimmen wir im Prinzip dem sozialdemokratischen Antrag zu, denn hier können wir möglich einmal den Fiskus durch Beiträge anstreifen, nach den Arbeitstammern zeigen, daß auch wir uns ihrer Interessen annehmen. (Lachen b. d. Soz.) Nur zu! Dem Abg. B a u e r bemerkte ich, daß die deutsche Industrie gerade durch die Arbeiterchutz-Gesetzgebung in ihrer Konkurrenzfähigkeit gehindert wird. (Weißall links.) Unsere endgültige Stellungnahme zum Antrage hier behalten wir uns für die zweite Lesung vor. Für den nationalliberalen Antrag können wir uns schon heute erklären. (Weißall b. d. Frey.)

Abg. K a s e (Ant.) freut sich, daß die Sozialdemokraten jetzt für Arbeitstammern anstatt der Arbeitstammern eintreten. Arbeitstammern empfehlen sich allerdings mehr als einseitige Arbeitstammern. Ein Anknüpfen der neuen Organisationen an die Gewerbeämter scheint nicht angebracht. Soweit, Entschieden der Arbeitstammern auch über die Frage der Handelsverträge einzufordern, möchten wir allerdings nicht gehen. Wir könnten da Worte zu hören bekommen, wie sie jüngst im „Hamburger Echo“ fanden:

Der Holl ans Korn heißt Kinder motzen  
Wie Viehlein es niemals sah.

(Lachen rechts.) Andererseits halten wir die Mitarbeit einer möglichst großen Zahl selbstbemühter Genossen an praktischen Aufgaben für das beste Schutzmittel. (Lachen b. d. Soz.) Im Gegensatz zu Herrn B a u e r halten wir die Sozialreform nicht für eine Erleichterung, sondern für eine Erleichterung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt. (Weiß, b. d. Ant.)

Abg. B a c h n i d e (Frey, Sp.) Zunächst müssen wir uns einmal verständigen, was wir von der Regierung fordern wollen. Wollen wir eine sozialpolitische oder eine sozialpolitische Zentralbehörde schaffen? Ich denke doch eine sozialpolitische. Im Prinzip stimme ich durchaus dem Verlangen der Arbeitstammern bei und mache mir zum Teil auch die vom Abg. Tiede dafür angeführten Gründe zu eigen. Die sozialpolitische Kommission leidet unter dem Mangel an Zuständigkeit; was hat sie zu der Zeit, als der Staatsrat Graf v. Scheffer zum Präsidenten ernannt wurde, als die sozialliberalen Anträge betriffen den Sozial? Wir stimmen für den nationalliberalen Antrag, wünschen aber eine weitere Fassung des Begriffs Arbeitstammern, und wünschen namentlich auch eine Vertretung der 2 Millionen Privatbeamten. Eine Hauptaufgabe des Reichsarbeitsamtes würde die Förderung internationaler Beziehungen auf dem Gebiete der Arbeiterchutzgesetzgebung sein. Ein Antrag dazu ist im Bereich des internationalen Arbeitstammes in Basel vorhanden, das von der Gesellschaft für Sozialreform ins Leben gerufen ist. Eine gute Sozialpolitik ist die Grundlage einer gesunden Sozialpolitik; als ein Observatorium der sozialen Beziehungen soll das von uns gewünschte Reichsarbeitsamt in erster Linie dienen. (Weißall links.)

Abg. U z b e r g e r (Zu.) Der Abg. R u g b o r n hätte den Sozialdemokraten keinen Vorwurf daraus machen sollen, daß sie jetzt für gewöhnliche Arbeitstammern eintreten. Im Gegenteil: sie erkennen damit an, daß eine Interessengruppenorganisation zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern möglich ist. Aber zu den Arbeitstammern müssen auch die geistigen Arbeiter, die Lehrer und Jagendleiter gerechnet werden. Der Abg. B a u e r hat in einer sagenreicht abfälligen Weise über die Arbeitstammern gesprochen, obgleich gerade er jetzt für die Handwerksstammern eintreten. Bei den Sozialdemokraten wird es Miss, bei allen sozialpolitischen Verhandlungen gegen das Zentrum zu polemisieren. Aber wir haben es erreicht, daß die Regierung uns für den nächsten Schritt einen Entwurf über Arbeitstammern in Aussicht gestellt hat. Der sozialdemokratische Vorschlag würde alle möglichen Vorteile der verschiedenen Berufsstände in eine Kammer bringen; das ist aber keine Organisation, sondern ein Haufen zusammengetragener Personen. Würde man jeden der 33 Regierungskomitee je eine Kammer einrichten wollen, so würde die Arbeitstammern eine unübersichtliche Mehrheit erhalten. Letztendlich ist so eine Arbeitstammern unmöglich. Es stellt sich heraus, daß es ein Antrag, aber wir haben jetzt gewünscht, die großen Gruppen nach der Art ihrer Betätigung zu organisieren. (Weiß! i. Str.) Damit schließt die Debatte ab.

Das Reichsamt zum sozialdemokratischen Antrag erhält

Abg. F e b e l: Die Debatte hat den von uns erwarteten Verlauf genommen. Zunächst hat seit der Zeit, da wir zum erstenmal mit

einem solchen Antrag kamen, das soziale Verständnis der Mehrheitsparteien einige kleine Fortschritte gemacht. (Weiß! i. Str.) Der Abg. U z b e r g e r ... Anknüpfen an seinen fraktionellen Textmehrwortigstens einige gute ... unsern Antrag gelassen. Wir werden ruhig abwarten, welches Schicksal das ausschlaggebende Zentrum unserem Antrag bereiten wird. Einige Rücksicht wird es schon nehmen müssen, um nicht in weiten Kreisen der katholischen Arbeiter ein beklagenswertes Schicksal des Kopfes hervorzurufen. Unser Antrag bezweckt die Schaffung einer Zentralstelle für Sozialreform, eine ökonomische Organisation der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Freilich ist das Reichsarbeitsamt, wie wir es wünschen, weit mehr als eine bloß statistische Behörde; wir würden es Reichsarbeitsministerium nennen, wenn Reichsministerien in die Struktur der heutigen Reichsverfassung hineinpaßten. Wenn das dem Zentrum zu weit geht, so soll es sagen, was es will. Der nationalliberaler Antrag genügt uns auf keinen Fall, wenn er auch innerlich besser als gar nichts ist. Die nähere Organisation des Reichsarbeitsamtes überlassen wir einem besonderen Gesetz. Unter dem Reichsarbeitsamt sollen in jedem höheren Verwaltungsbereich Arbeitstammern errichtet werden. Diesen zur Seite sollen Arbeitstammern stehen, die überall da eingreifen sollen, wo die Gewerbeämter verlangen. Die Kompetenz dieser Einigungsämter soll gegenüber der der Gewerbeämter bedeutend erweitert werden, namentlich sollen sie das Recht der zweiseitigen Vorladung von Zeugen haben. Von verschiedenen Seiten ist darüber gestritten worden, ob Arbeitstammern oder Arbeitstammern das richtige sei. Wir haben in diesem Hause niemals Arbeitstammern gefordert. Im Jahre 1878 leitete Grilleberger und ich einen Antrag auf Errichtung von Gewerkschaften, bei denen dieselbe paritätische Organisation vorgesehen war, wie jetzt bei den Arbeitstammern. Von den Gewerkschaften fordert etwa die Hälfte Arbeitstammern und die andere Hälfte Arbeitstammern. Auf dem nächsten Gewerkschaftskongress wird sich herausstellen, welche Ansicht die Mehrheit hat. Wir fordern nicht als Anhänger einer Interessengruppenparitätische Arbeitstammern an Stelle der Arbeitstammern, sondern weil die Kompetenz der Arbeitstammern weit geringer sein würde als die der Arbeitstammern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Gedanke des Abg. U z b e r g e r, den einzelnen Berufsvertretungen, wie den Landwirtschafts-, Handels- und Handwerksstammern, Arbeitervertreter hinzuzufügen, erscheint uns weit weniger durchführbar, als die von uns verlangte Organisation. Wir verwirren auch darum den Vorschlag des Abg. U z b e r g e r, weil es Stände im alten Sinne heute gar nicht mehr gibt, weil morgen Fabrik ist, was heute Handwerk ist. Der Einwand, daß eine die gesamte Unternehmerschaft und die gesamte Arbeiterschaft eines Bezirkes vertretende Arbeitstammern einmal vorwiegend agrarische Interessen zum Ausdruck bringen könnte, erscheint uns durchaus nicht. In andern Bezirken werden eben industrielle Interessen überwiegen. Uns liegt vor allem daran, daß überhaupt organisiert wird; wir würden es begrüßen, wenn aus den Arbeitstammern sich ein Arbeitstammertag entwickeln würde, der dem Reichsarbeitsamt als großer Beirat dient. Die kirchlich-wunderschen Gewerbevereine fordern Arbeitstammern; dieselbe Forderung erhebt der Zentralverband der Industriellen, welcher glaubt, Arbeitstammern eher als Arbeitstammern zur Bedeutungslosigkeit herabdrücken zu können. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Diese Stellungnahme des Zentralverbandes zeigt uns, daß wir mit der Forderung der Arbeitstammern auf dem richtigen Wege sind. Sie werden unsern Antrag in irgend einer Form begraben. Gut, begroß Sie ihn Was wir wünschen, ist Klarheit. Gegen Änderungen unseres Entwurfs haben wir prinzipiell nichts einzuwenden. Wir halten uns nicht für unerschütterlich. (Na, na! recht!) Unmögliches fordert unser Antrag nicht. Sind doch von Ihnen mehr als einmal Anträge eingebracht worden, die nichts als eine Wiederholung von Anträgen waren, die wir gestellt hatten, und die von Ihnen für unmöglich erklärt waren. Der Unterschied ist eben: Wir gehen voran, und Sie folgen langsam nach. (Lachen, Weis, b. d. Soz.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag B a c h n i d e mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der Antrag B a c h n i d e, der den polnischen Antrag der Regierung als Material überweist. Der Antrag A n e r kommt zur zweiten Lesung.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Dritte Lesung der Handelsverträge.) Schluß 6 1/2 Uhr.

rung halber ein paar Verbesserungen in die Vergeseh-nobelle hineingeraten sollten, dann wird der Dreiklassenlandtag schon für die nötige Verschlechterung sorgen. —

**Der ermordete Bergmann.** Auf Jede „Wittor“ schossen Arbeitstammern auf ruhig ihres Weges gehende Streikende und trieben sie in die Emischer. Einer der Streikenden, der Bergmann Janzen, verschwand dabei. Niemand zeigte reges Interesse an der Auffindung des Janzen, als nur seine Kollegen. Von polizeilichen Nachforschungen hat man wenig bemerkt. Elf Verbandskammeraden übernahmen es, fortgesetzt die Emischer abzufuchen, und endlich Mittwoch mittag haben sie ihn t o t i m W a s s e r a u f g e f u n d e n. Die Leiche, die auf dem Rücken drei blaue Flecken aufweist, wurde in das Spritzenhaus nach Habinghorst gebracht. Von Verhaftungen der Schuldigen hört man noch immer nichts. Mit den Streik hindern macht man bekanntlich sehr raschen Prozeß. Irgendwelchen Kommentars bedarf es da nicht; die Wucht der Tatsachen redet für sich. —

**Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins des Wahlkreises Jerichow 1 u. 2.**

Cracau, 19. Februar 1905.

Mit einem ausdrucksvoll vorgetragenen Begrüßungsliede des Eudenburgers Gesangvereins „Lieber Kranz“, „Empor zum Licht“, wurde die Generalversammlung kurz nach 11 Uhr eröffnet. Einleitend richtete Genosse K u t = Cracau einige begrüßende Worte an die Delegierten. Hierauf verliest Genosse K a t u r b e = Burg die eingegangenen Anträge.

Der Bericht des Vorstandes erstattet der Vorsitzende Genosse K a t u r b e = Burg: Der Vorstand hat diesmal nicht viel zu berichten, seine Tätigkeit wurde in der Hauptsache bei der letzten Reichstagswahlwahl in Anspruch genommen. Nach Bekanntgabe derselben wurde in der Vorstandssitzung beschlossen, sofort in die Agitation einzutreten. Zunächst wurden 15 000 Volkskalender und Flugblätter verbreitet. Wie in früheren Jahren wurden auch diesmal die Verbreiter überall freundlich aufgenommen, was zu den besten Hoffnungen Anlaß gab. Ueberall wurden die Kalender schon sehr schnell abverkauft. Während der Wahl wurden 15 000 Kalender, 156 000 Flugblätter und 221 000 Stimmzettel verteilt. Wenn nun trotzdem die Stimmengabe zurückgegangen ist, so stehen wir einfach vor einem Rätsel. Fast ohne Ausnahme sind alle Flugblätter verbreiter mit dem Bericht zurückgenommen, diesmal muß sich unsere Stimmengabe verdoppeln, und das Resultat ist 800 Stimmen weniger auf dem Lande; der Grund ist wohl darin zu suchen, daß so viele Kandidaten aufgestellt waren. Ueberall haben den Gegnern Versammlungsfloare zur Verfügung gestanden, während bei uns dies nicht der Fall war. Da sei es denn auch kein Wunder, wenn bei der gemeinen Agitation unserer Gegner so viele Stimmen verloren gegangen sind. Das eine steht jedoch fest, daß wir bei der letzten Wahl abgegebenen Stimmen als von Anhängern abgegebene betrachten können. Was nun die Ursache in den Wahlen außer Burg ist, mögen die Vertrauensleute selbst sagen. In Burg ist der Stimmenerückgang, das steht fest, nur auf die Rauheit der Arbeiter zurückzuführen. Hat es doch sogar in der Stadt häufig an Flugblattverbreitern gefehlt, während über Land stets genug da waren. Ich bin der Meinung, daß es eine Hauptaufgabe des heute zu wählenden Zentralvorstandes ist, zu erforschen, was der Grund des Stimmenerückganges ist. Die Vertrauensmänner-Sitzung ging von dem Grundgedanken aus, die Generalversammlung soll neue Anregungen geben, um die Mitglieder mehr für agitatorische Arbeit zu begeistern.

Hierauf wird in die Diskussion über den Bericht eingetreten. S c h a r f s c h u h = Cracau: Wir alle wissen, daß Magdeburg eine Hochburg unserer Partei ist; aber auch dort müssen bei den Wahlen die Arbeiter erst aufgerüttelt werden. Viel Schuld hat auch der Dresdener Parteitag. Auch die Cracauer Arbeiter haben sich nicht genug beteiligt; im letzten Moment, wenn die Hauptarbeit schon geleistet ist, kommen sie erst an. Ich bin der Meinung, wir waren unsern Gegnern gegenüber viel zu anständig. Wir hätten Gleiches mit Gleichem vergelten sollen. Wir haben wohl in Flugblattverbreitungen gemacht, aber vergessen, mündlich mehr in den näheren Orten zu arbeiten. Manchmal mußte man meinen, Cracau liegt in Pommern. Der zweite Kreis hat schlecht gewählt, er hat an der Niederlage schuld.

K u t = Cracau: Haben denn die persönlichen Feindereien, die vom Genossen K a t u r b e = Burg erwähnt wurden, auf den Kreis so viel Einfluß ausgeübt, daß der Vorstand dadurch nicht in der Lage war, so zu arbeiten, wie es notwendig war? Daß im zweiten Kreis nicht genügend agitiert wurde, muß ich bestreiten; die Genossen im zweiten Kreis haben ihre Schuldigkeit getan. Was uns zum Schaden war, das ist die gemeine und niederträchtige Agitation der Gegner.

R i c h t e r = G e n t h i n: Ich kann mich mit den Flugblättern nicht einverstanden erklären, sie mußten besser ausgearbeitet werden. Namentlich muß darin den Mängeln der Gegner entgegengetreten werden, daß wir dem kleinen Manne auf dem Lande alles nehmen wollen, wie es die Gegner in ihren Versammlungen stets sagen.

K a t u r b e = Burg ist gegenteiliger Meinung.

L e n z = G o m m e r n: Der Stimmenerückgang ist wohl zum größten Teil darin zu suchen, daß Bismarck nicht mehr kandidiert. In vielen Orten haben die Wähler erklärt, daß sie Voigt nicht wählen könnten, sondern den Freisinn oder Antisemiten.

B r e c h t = Burg spricht gegen Richter. Wir mußten mehr mündlich arbeiten, namentlich den Freisinn mehr angreifen.

S t o l l b e r g = Burg: Der Stimmenerückgang ist für uns tief besorgniserregend, darum ist es wohl an der Zeit, daß wir uns die Frage vorlegen, wie dem entgegenzuarbeiten ist. Ich glaube nicht, daß der Dresdener Parteitag schuld mit ist. An den Genossen selbst liegt es, sie werden nicht in genügender Weise. Sie überlassen einfach dem Vorstand alle Arbeit, statt selbst mit Hand anzulegen. Auch ich verurteile die Angriffe auf die leitenden Personen, die statt sie dort vorzubringen, wohin sie gehören, in Kneipen und sonstwo gemacht werden. Unsere Organisation muß einer durchgreifenden Veränderung unterzogen werden. Die Verleumdungen unserer Gegner haben viele auf dem Lande ins Schwanken gebracht. Unsere Hauptaufgabe muß es vor allen Dingen sein, diejenigen Orte zu halten, und dort festen Fuß zu fassen zu versuchen, wo für uns Stimmen abgegeben sind, unsere Kräfte zu bergehen. Mit dem Genossen S c h a r f s c h u h kann ich mich nicht einverstanden erklären, daß Voigt nicht so losging wie die Gegner. Unsere Erfolge sollen durch korrektes Vorgehen errungen werden. Wahrheit soll unsere Richtschnur sein, nicht Verleumdung.

V o i g t = G o m m e r n: Ich glaube, wir haben genügend Agitation getrieben. Die Vertrauensmänner in den einzelnen Orten haben ihre Schuldigkeit getan. Ich bin der Meinung, daß der Dresdener Parteitag nichts Gutes geschaffen hat, aber bei uns hier nicht schuld am Stimmenerückgang ist. Die Schuld hieran ist in andern Gründen zu suchen. Das eine steht fest, daß bei K a t u r b e = Burg unsere Partei stets einen Rückgang an Stimmen zu verzeichnen hat. Das ist bei allgemeinen Wahlen etwas anderes. Die Verhältnisse liegen bei uns im Kreis hier so, daß viele ländliche Arbeiter in Großstädten, z. B. Magdeburg oder Berlin, beschäftigt sind. Sie haben es nicht für nötig befunden, am Tage der Wahl sich an ihren Wohnort zu begeben, um ihr Stimmrecht auszuüben. Das ist bei Hauptwahlen, wo alles früher Schicksal macht, anders. Dort würden dann ihre Arbeitskollegen auf sie ein, und sie könnten nicht umhin, sich nach ihrem Wohnort zu begeben, um zu wählen.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Mit dem Ausgang des Bergarbeiterstreiks** ist die „Arbeitgeber-Zeitung“ nicht zufrieden. Sie zitiert zustimmend die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ des Herrn Lorenz, die meinte, erst hätten die Bergarbeiter eine gründliche Niederlage erleiden müssen; wenn dann die Regierung mit ungehinderten Händen aus freiem Entschluß vor die niedergeworfene Masse getreten wäre, um ihr zu sagen: „Wir lassen euch nicht am Boden liegen, der Hohenzollernstaat hilft stets dem Schwachen, und ihr sollt nach objektiver Prüfung euer zureichendes Vergeseh haben.“ — so wäre das ein großer Erfolg der Regierung und ein jüngerer Schlag für die sozialdemokratische Arbeiterführung gewesen.

Aber, so fährt dann die „Arbeitgeber-Zeitung“ fort, der geeignete Moment ist verpaßt. „Die Arbeiter sind nicht die Besiegten, sondern die Sieger; sie sind zwar mit milden Worten aufgeföhrt worden, namentlich die Streitart zu begraben und wieder zur Arbeit zurückzuführen, aber ihre Führer werden sich zur Genüge bewußt sein, daß es ihnen trotz der Gekerkwindigkeit ihres Vorgehens gelungen ist, die Regierungsgewalt zur Berücksichtigung ihrer Forderungen zu zwingen: es ist ein Verzeihenfall dafür geschaffen, daß die Staatsgewalt dem sozialen Zug der Zeit sogar über die Verpflichtung hinaus Konzessionen macht, unter allen Umständen für die Integrität der Grundlagen des öffentlichen Rechts Sorge zu tragen.“

Folgt dann eine Kritik der Bergarbeiterfreunde im bürgerlichen Lager und deren „von feinerlei Fortschritt angezeigter Auffassung“ und schließlich folgende Zusammenfassung der Lehren des Streiks:

„Die politische Angehörigkeit, die man den Besetzungswahlgang zum Vorwand macht, wird reichlich aufgezogen durch die politische Angehörigkeit, der man sich bei der öffentlichen Behauptung der Angelegenheit schlüssig machte. Und die Folge davon wird die Verzerrung der Ansicht in den Kreisen der organisierten Arbeiter sein, daß die gegen die Theorie vom Generalstreik bisher geltend gemachten Bedenken nur so weniger haltbar sind, als die Staatsgewalt selbst nicht geneigt ist, in Befolgung des Satzes „nur keine unehren Kräfte“ der Überzeugung dieser Theorie in die Praxis belangreiche Hindernisse zu bereiten. Das Majoritätsprinzip wird demgegenüber mehr und mehr über das Autoritätsprinzip triumphierten, dem einen Gesamtzustand werden andere folgen, und schließlich wird die Kultur eines höheren Tages vor der betrübenden Lärche stehen, daß sie infolge der teilweise sich vermehrenden Produktionsfähigkeit einer etwas unzulässigen Kräfte erübrigung, unter der vor allem gerade die Arbeiterschaft zu leiden hat.“

Das Matit der Zentralstelle für Arbeiterbekämpfung handelt hier Rejorgans vor der neuen Vergeseh-nobelle, die man in Unternehmertreien nicht kennt. Die wissen, was sie von der Regierung in Preußen erwarten dürfen und wenn, des Kennzeichens der „über den Parteien stehenden“ Regie-

Handlung ist, und bleibt die Gleichgültigkeit. Von nicht geringem Einfluß waren auch die Wahlbeeinflussungen auf dem Lande, als Bismarck noch lebte; viele Arbeiter wurden am Tage nach der Wahl entlassen, weil sie rot gewählt haben. Deshalb haben sich jetzt auch viele gescheut, überhaupt zu wählen, oder, falls sie gezwungen wurden, gegnerisch. Gätten wir so viel Versammlungen abhalten können wie die Gegner, so würde der Erfolg ein ganz anderer sein. Kann es nunmehr, wenn in ländlichen Wahlkreisen alles aufgegeben werden muß, so noch nicht so viel Aufklärung herrscht, um Wahlerfolge zu erzielen, wenn dies selbst in Großstädten notwendig ist? Mit den Ausführungen des Genossen Schärlich kann ich mich nicht einverstanden erklären; ich meine vielmehr, daß die schmutzige und ekelhafte Agitation der Gegner schuld am Stimmenrückgang ist. Natürlich leisteten Antisemit und Freisinnige Großartiges darin. Dadurch finde ich es auch erklärlich, daß viele, die uns einmal ihre Stimme gegeben, diesmal es nicht getan haben, weil es uns nicht möglich war, die Verleumdungen zu widerlegen. Ich stimme Stollberg zu, an den Orten, wo wir Einzug gehalten haben, müssen wir kräftig arbeiten. Wir müssen Personen an diesen Orten ausfindig zu machen versuchen, mit denen der Zentralvorstand eine lebhaft Korrespondenz zu unterhalten hat. Ich setze auf dem Standpunkt, in Zukunft gegnerische Versammlungen zu meiden, da es unmöglich ist, in 10 Minuten die Verleumdungen zu widerlegen. Unsere Aufgabe muß es sein, jetzt fortgesetzt kräftige Agitation zu betreiben und Mittel und Wege zu schaffen, damit unsere Organisation fester wird.

**Siebold-Neuburg:** Es ist wohl nicht gut möglich, die Fehler, die bei der Wahl gemacht sind, noch zu erforschen. Der Dresdener Parteitag hat keine Schuld daran, da die meisten Wähler gar nichts davon wissen. Ich glaube vielmehr, daß uns die Mittelpartheien Abbruch getan haben, da viele, die sonst für uns gestimmt haben, diesmal den Antisemiten wählten. Es muß viel mehr mündlich agitiert werden. Wir haben die Wähler auf dem Lande nicht so an der Strippe, die wählen heute so und morgen so. Mehr gibt hierfür einige Beispiele. In Zukunft muß mehr Kleinarbeit geleistet werden, und zwar nicht erst am Wahltag, sondern fortgesetzt. Uns wäre viel damit geholfen, wenn wir erst einmal an größeren Orten ständige Leute gewinnen könnten.

Damit endigt die Debatte über den Vorstandsbericht. Es wird in die Debatte über Agitation und Organisation und zugleich über Änderung des § 5 des Statuts eingetreten. Hierzu bemerkt einleitend der Vorsitzende, daß die Vertrauensleute zu der Ansicht gekommen sind, daß die Vereinigung der Leiter des Lokals- und Zentralvorstandes in einer Person nicht praktikabel ist, und gibt dann noch die zu diesem Punkte gehörigen Anträge bekannt.

**Stollberg-Burg:** Ich sehe dem Antrage der Genossen Cracau sympathisch gegenüber. Das wesentlichste an der Sache ist, daß örtliche und Zentralleitung getrennt werden. Damit kann ich mich jedoch nicht einverstanden erklären, daß der Zentralvorstand die Gründung von Frauenvereinen in die Wege leiten soll. Das kann erst geschehen, wo die Bewegung der Männer fest ist. Ich meine, die Hauptaufgabe des Zentralvorstandes muß darin liegen, in den Orten zu arbeiten, wo die Agitation noch im argen liegt. **Wegener-Genethin** begründet den Antrag der Genethiner Genossen, den Kreis in Agitationsbezirke einzuteilen. Es muß außerdem versucht werden, unsere Presse mehr zu verbreiten. Ich bin jedoch gegen den Antrag, daß die Generalversammlung den Zentralvorstand wählt. Burg kann unter keinen Umständen Vorschlag machen.

**Stollberg-Burg** meint, Streitigkeiten kommen überall vor, derartige Nachwirkungen dürfen dieselben überhaupt nicht zeitigen.

**Kut-Cracau:** In unserer Partei sollten keine Streitigkeiten vorzukommen, namentlich sollte nicht gegen leitende Personen hinten herum gehandelt werden. Redner polemisiert dann gegen Stollberg und Wegener und findet es eigentümlich, daß die Generalversammlung, wo doch die intelligentesten Parteigenossen zusammenkommen, nicht die geeigneten Personen zur Zentralleitung herausfinden solle. Ich bin entgegen Stollberg der Meinung, daß wir unter den Frauen erst recht Agitation zu betreiben haben, da unausgewählte Frauen ein großer Mißstand sind.

**Stollberg-Burg** schneidet nochmals die Frauenfrage an und meint, daß dies Sache der örtlichen Verwaltungen bleiben soll. Er spricht sich noch einmal für das Vorortsystem aus, da die Genossen am Orte eher Personen herausfinden, die die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse haben.

**Voigt-Commern:** Es genügt vor allen Dingen, die Anträge bekannt zu geben, die dem Vorstand als Richtschnur dienen sollen. Darin gebe ich Stollberg recht, erst die Männervereine zu zeichnen und gegebenenfalls solche zu gründen; dann erst kann man daran denken, Frauenvereine zu gründen. Ich bin ebenfalls für Trennung von örtlicher und Zentralleitung, da im anderen Falle der Zentralvorstand immer in gewisser Beziehung den Wünschen des Ortes, dem er als Vorsitzender vorsteht, Rechnung tragen muß. Das soll abgeändert werden; der Zentralvorstand soll vollständig unabhängig sein. Ich denke mir die Arbeit derselben so, daß derselbe stets Fühlung mit den Ortskapiteln halten muß; ferner soll er sämtliche Zeitungen des Kreises lesen, damit er, wenn dies einmal notwendig ist, von den Orten, wo agitiert werden soll, genügend Material hat. Sehr gut ließe sich auch hierzu die „Volksstimme“ verwenden, die die Vorkommnisse des Ortes im provinziellen Teile behandeln kann. Wenn dann eine Verbreitung dieser Nummern in dem Orte stattfindet, kann auch zugleich eine lebhaft Agitation für unsere Zeitung angesetzt werden. Die Entschädigung des Vorsitzenden muß so anfallen, daß er gegebenenfalls jederzeit sich zur Verfügung stellen kann.

**Kut-Cracau:** Es muß doch auseinandergehalten werden, was zu § 5 gehört und was zur Richtschnur des Vorstandes gehört. Ich bin anderer Meinung wie Voigt, die Anträge sind nicht überflüssig, sondern berechtigt; die Cracauer bringen ihre Wünsche auf der Generalversammlung vor, das ist ihr gutes Recht.

**Voigt-Commern** stellt einige Neuierungen Kuts richtig und spricht sich noch einmal für die Wahl des Vorstandes in der Generalversammlung aus.

**Kut-Cracau** bittet, den Antrag Cracau anzunehmen, wonach der Ort, an dem der Zentralvorstand seinen Wohnsitz hat, drei Revisoren zu wählen hat, die den Vorstand zu überwachen haben.

Damit ist die Debatte zu Ende und es wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Cracau, wonach die Zentral- und örtliche Leitung getrennt werden soll, wird einstimmig angenommen. Ferner wird mit großer Majorität beschlossen, daß der Zentralvorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden und dem Kassierer, in der Generalversammlung gewählt werden soll. Ueber die Entschädigung des Vorstandes entspringt sich eine rege Debatte. Nach längerem Hin- und Her wird beschlossen, den Vorsitzenden mit 100 Mark, den Kassierer mit 50 Mark pro Jahr zu entschädigen. Außerdem wird auf Antrag Voigt beschlossen: „Bei eventuellen Agitationsreisen erhalten alle Genossen, die agitatorisch tätig sind, 2 Mark Diäten pro Tag und Fahrt 8. Klasse und falls Nachtquartier notwendig 4 Mark Diäten.“ Ferner werden noch einige, dem Vorstand als Richtschnur dienende Anträge nach kurzer Debatte angenommen.

Zum Punkt „Presse“ gibt Genosse Satorbe bekannt, daß der Bericht von dem Pressekommiteesmitglied nicht gegeben werden kann, da dasselbe gewerkschaftlich behindert ist.

**Wegener-Genethin** wünscht, daß die „Volksstimme“ schon am Tage ihres Erscheinens in Genethin ausgebracht wird wie in anderen Orten.

**Zielich-Magdeburg** verspricht den Genethiner Genossen, mit der Geschäftsleitung Rücksprache zu nehmen, damit das geschieht, und gibt dann noch einige Ratschläge über die Agitation für die „Volksstimme“.

Nunmehr wird zur Wahl des Zentralvorstandes geschritten. Als Vorsitzender wird Stollberg-Burg, als Kassierer Wegener-Burg gewählt. Die nächste Generalversammlung findet in Genethin statt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nach einem kurzen Schlusssatz des Vorsitzenden wird die Generalversammlung um 1/2 8 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf den Sozialdemokratischen Wahlverein geschlossen.

## Provinz und Umgegend.

**Brumbö, 21. Februar.** (Zwischen Lipp' und Wehlersrand.) Das Rallebenche Ehepaar wollte das goldene Hochzeitsfest begehen und alle Vorbereitungen hierzu waren schon getroffen, als am Tage vorher die Jubiläumskranz plötzlich verstarb. —

**Burg, 22. Februar.** (Berbriht.) Von einem schweren Unfall wurde hier die Breitenweg 19 wohnende Witwe Frey betroffen. In einem unbewachten Augenblick kletterte der 4 Jahre alte Sohn auf den Herd in der Waschküche und fiel in den mit kochendem Wasser angefüllten Waschkessel. Der Knabe, der an Händen und Füßen, Kopf und Rücken Brandwunden erlitt, wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Man hofft ihn am Leben zu erhalten, trotzdem über die Hälfte der Hautfläche des Körpers verbrannt ist. —

**Burg, 22. Februar.** (Stubendrand.) Im Hause Berlinerstraße 46 entstand in der Wohnung der Witwe Siebert in der Nacht vom Sonntag zum Montag infolge Schadhäftigkeit des Ofenschloßes ein Stubendrand. Infolge des Qualms war die Inhaberin der Wohnung dem Tode nahe. Hausbewohner bemerkten die Gefahr noch rechtzeitig. Das Feuer, das in einem Walzen unter den Dieben und in diesen selbst reiche Nahrung fand, konnte bald gelöscht werden. —

**Großleben, 22. Februar.** (Todesfall.) Im dem Steinbruch im Seitel hatte der dort beschäftigte Maurer Karl Biedenstedt aus Pansfelde am letzten Sonnabend das Unglück, abzukürzen. Nächstliche Kluft vernahm nicht, den Bergungslüften zu retten. Gegen Mittag trat der Tod ein. —

**Halberstadt, 22. Februar.** (Wahlvereins-Versammlung.) Unsern Mitgliedern zur Nachricht, daß am Donnerstagabend eine Wahlvereinsversammlung stattfindet. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.) —

**Hohengrieben, 22. Februar.** (Sittenverbrechen.) Am Sonntag mittag wurde die 16jährige beim Landwirt Nieber-Hohengrieben bedienten Magd M. Wäde auf dem Wege nach hier im Gebüsch von einem unbekannten Manne überfallen und vergewaltigt. —

**Leitkau, 22. Februar.** (Der mysteriöse Tod) des Gutsbesizers Feber hat, wie bekannt, zur Verhaftung seiner Witwe geführt. Die ebenfalls in Haft genommene Mutter der Frau wurde wieder entlassen. —

**Offertwick, 22. Februar.** (Langsamkeit.) Nachdem die Mafers sich nun in einem abnehmenden Stadium befinden, hat man es endlich für ratsam gehalten, die Schließung der Schulen am 20. Februar, und zwar auf 14 Tage, vorzunehmen. Wir sind der Ansicht, wenn dies sofort bei Eintritt der Krankheit geschehen wäre, hätte viel Unheil verhütet werden können, da selbst Wäckerinnen durch diese Epidemie zu leiden hatten und waren dadurch sehr in Mitleidenhaft gezogen sind.

**Schönebeck, 21. Februar.** (Der Tanz am den Mittelkranz.) Eine öffentliche Langsamkeit mit patriotischem Anstrich, unter dem Namen „Vereinte Grünwandler Schönebeck und Umgegend“, fand unter der Leitung des bekannten Herrn Daul am Sonntagabend in der „Luhalle“ statt, wobei sich nur einige Mitglieder dieses Vereins eingefunden hatten. Die meisten der Grünwandler hatten die Absicht des Herrn Daul durchzuschaun und waren nicht erschienen. Sie wollten sich zu einem mitte länderisch-hurrapatriotischen Mimik nicht hergeben. Das Fest verlief, wie derartige patriotische Veranstaltungen zu verlaufen pflegen. Wir haben keinen Anlaß, an dem Vergnügen im allgemeinen Kritik zu üben. Wir meinen aber, daß in dieser Weise der Mittelstand nicht gehoben wird, und den Arbeitern möchten wir raten, sich zu überlegen, was besser ist, bei sogenannten patriotischen Mittelwandlern oder Rabattvereinen laufen, oder in ihrem eignen Geschäft, dem Konsumverein, und in Geschäften von Parteigenossen. —

**Schönebeck, 22. Februar.** (Arbeitergesangsverein.) Die hiesige Zahlstelle des Arbeiterverbandes hat die Absicht, eine Gesangsgruppe aus seiner Mitgliedschaft zu bilden. Der hiesige Arbeitergesangsverein „Sängerkreis“, der nur Organisierte als Gesangsbrüder aufnimmt, zählt jetzt über 50 Mitglieder. Würden die Berufsorganisationen Gesangsgruppen bilden, so wird dadurch dem Arbeitergesangsverein, welcher in den 15 Jahren seines Bestehens der Arbeiterbewegung am Orte bei Gelegenheit der Maifeier, Märzfeier, Gewerkschaftsfesten usw. gute Dienste geleistet hat, Abbruch getan. Schreiber dieses weiß, daß die Zahlstelle des Arbeiterverbandes sich von keinen schlechten Absichten hat leiten lassen, ist aber der Meinung, daß im Interesse der Arbeiterbewegung davon Abstand genommen werden mußte. Wenn dem Beispiel der Hasenarbeiter die anderen Organisationen folgen, so tritt eine Zersplitterung ein. Unser Hauptziel ist: Zentralisieren und nicht dezentralisieren. Wir haben ja hier schon Beispiele gehabt. Ursprünglich war der Gesangsverein „Sängerkreis“ eine Gesangsgruppe des 1890 gegründeten Arbeitervereins. Die Gesangsgruppe konnte aber nicht gehalten werden und mußte infolgedessen ein selbständiger Verein werden. Ebenfalls hatten sich die einzelnen Berufsorganisationen eine Bibliothek zugelegt. Weil es aber für die Allgemeinheit besser war, haben die Organisationen die Bibliothek zentralisiert und jeder gewerkschaftlichen Organisation kommt durch die Zentralisierung die Bibliothek zugute. Es wäre im Interesse der Arbeiterbewegung wünschenswert, wenn die Hasenarbeiter von ihrem Vorhaben Abstand nehmen würden. —

**Staffort, 22. Februar.** (Verlorenes Liebesmüß.) Die beiden Rabatt-Sparrvereine machen einander hier das Leben sauer. Der eine läßt an dem andern kein gutes Haar. Dieser Tage hatten sich aber doch beide Vorstände dazu verhalten lassen, in einer Zusammenkunft über die Verhinderung der beiden Vereine zu beraten. Aber ein Abgesandter des Verbandes der Rabatt-Sparrvereine versuchte vergeblich die feindseligen Brüder auszuheilen. Es wurde keine Einigung erzielt, und der Vertreter des Verbandes mußte mit getauichten Hoffnungen wieder abreisen. Der liebe Müß war also umsonst. Wie wir aber hören, wollen diejenigen, die ein Interesse an der Einigung der Rabattsparrvereiner haben, zur Schlichtung der Differenzen — das haager Schiedsgericht anrufen! Ob es in dem Streit wohl auch lachende Dritte gibt? —

**Stendal, 22. Februar.** (Ein jugendlicher Vater.) In den Nachrichten unseres Standesamts wird mitteilhaft mitgeteilt, daß einem — Dachdeckerlehrling eine Tochter geboren wurde. Wenn er so bei bleibt, kann der jugendliche Vater es noch zu ansehnlichen Erfolgen bringen. —

**Thale a. S., 22. Februar.** (Neue Verkehrseinrichtung.) Zwischen Thale und Blauenburg soll eine Automobilomnibus-Verbindung eingerichtet werden. In Blauenburg ist das Projekt bereits so weit gefördert, daß seine Verwirklichung bestimmt zu erwarten ist. —

**Westdabe, 22. Februar.** (Ein schweres Unglück.) Der kranke Sohn des Anbauers Grub wollte seines Vaters Erbe pflügen. Dabei ging die Waffe, die man ungeladen wähnte, los. Der Schuß traf die Schwester des Kranken in den Kopf, so daß gleich darauf der Tod eintrat. —

## Gerichts-Zeitung.

### Sandgericht Magdeburg.

Sitzung vom 21. Februar 1905.

**Fetrug.** Der schon öfter bestrafte Zigarrenmacher Emanuel Roniegnz aus Glogau, geboren 1863, erschwindelte sich im Januar 1902 von der verschuldeten Schlosser Brenner zu Grotz-Salze unter Vorpiegelung falscher Tatsachen 10 Mark Reisgeld nach Leipzig und 25 Mark Kautions an den dortigen Fabrikanten zur Lieferung von Tabak. Roniegnz unternahm die Reise nicht, ließ auch die Kautions-

zurücksenden und verbrauchte das Geld. Der Angeklagte erhielt wegen Rückfallbetrugs 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrlosh.

**Diebstahl.** Der Hausdiener Gustav Hartzel in Berlin, geboren 1887, wohnte im Jahre 1904 hier, Poststraße 9; zusammen mit dem Arbeiter Almerz. Eines Tages hing Hartzel durch ein offenes Fenster in dessen Zimmer und raubte Kleidungsstücke, eine Uhr, ein Glas und ein Portemonnaie mit 6 Mk. Inhalt. Die Sachen verlorste der Dieb. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis. —

**Verurteilter Kautions-Swindler.** Der Kaufmann Paul Henning hier, geboren 1860, verurteilt im Oktober 1904 dem Wädernmeister Brandt unter der Vorpiegelung, er wolle ihn als Lagerhalter in seiner großen Fabrik mit 15 Reisenden anstellen, 1000 Mark Kautions abzuschwindeln. Brandt war aber vorsichtig, zog Einkündigungen ein und wurde dadurch vor Verlust bewahrt. Henning wurde wegen verurteilten Betrugs 6 Monate Gefängnis. —

**Diebstahl.** Der vielmals bestrafte Arbeiter David Koch zu Calbe a. S., geboren 1852, nahm im Oktober v. J. vom Hofe der Witwe Pöller einen alten kupfernen Kessel, den er durch den ebenfalls parbestrafte Arbeiter Gustav Tschner dajelbst, geboren 1871, für 3,75 Mark an einen Altkändler verkaufen ließ. Von dem Erlöse empfing Koch 1,50 Mark. Die Kammer verurteilte ihn wegen Rückfallbetrugs zu 3 Monaten Gefängnis, Tschner wegen Diebstahls zu 2 Monaten Gefängnis. —

## Vermischte Nachrichten.

**Der Lehrling und der Hund.** Von einer Leserin aus Fürth wird der „Frankf. Ztg.“ das nachfolgende Geschichtchen berichtet: Ein hiesiger Schreinermeister hatte im letzten Sommer einen jungen Hund gekauft, der sehr nett heranwuchs und seinem Herrn durch treue Anhänglichkeit und drolliges Wesen viel Vergnügen machte. Nicht so der Gattin des Meisters. Sie liebte das Tierchen gar nicht, es war ihr immer im Wege und wurde sogar nicht selten die Urtache zu einem kleinen Zwist zwischen den sonst sehr friedfertigen Ehegatten. Als nun gar im Januar die Zeit gekommen war, wo der Hund versteuert werden mußte, nahm das Brummen und Schimpfen der Frau über den Hund kein Ende.

„Das Du mir nun nicht auch noch fünfzehn Mark für das Vieh bezahlst!“ sagte sie drohend zu ihrem Mann; „das fehlte gerade noch, so ein Sündengeld für einen Ketter hinzulegen! Gib den Hund weg oder schicke ihn zum Schinder!“

Der Mann sagte gar nichts — der Frieden des Hauses war ihm heilig. Aber heimlich gab er einem seiner Lehrlinge fünfzehn Mark und befahl ihm, am nächsten Morgen mit dem Hund das Haus zu verlassen, ohne daß die Meisterin es merke (er werde sogar dafür sorgen, daß seine Frau nicht in der Nähe sei), und den Hund auf dem Rathaus zu versteuern. Wenn das „Unglück“ geschehen sei, werde sich die Frau wohl darein fügen.

„Mehr wie schimpfen kann sie auch nicht“, meinte der Schreinermeister, „und schließlich muß sie ja gute Miene zum bösen Spiel machen, wenn das Geld nun doch einmal bezahlt ist!“

Die Frau aber wußte auch, daß am nächsten Tage der Steuertermin für die Hunde sei. Frühmorgens sagte sie zu demselben Lehrlinge:

„So — der Sache mit dem Hundvieh will ich jetzt ein Ende machen! Nimm den Hund heimlich fort (ich werde schon dafür sorgen, daß mein Mann nichts merkt!), führe ihn zum Schinder und lasse ihn umbringen!“

Der Bub nahm gehoramt den Hund an die Leine und ging bitterlich weinend mit ihm aus dem Hause. Das arme Tier tat ihm gar so leid; er hatte es sehr lieb, denn es war auch ihm ein treuer Freund und ein geduldiger Spielkamerad. Aber was war zu machen? Der Wille der Meisterin ist das höchste Gesetz. Zunächst aber führte der Burche den Auftrag des Meisters aus. Er geleitete den treuen Hausgenossen zur Versteuerung, erledigte pflichtschuldigst die empfangenen fünfzehn Mark, empfing eine Steuermarke und trollte ab. Dann zog er schweren Herzens, Quittung und Marke für den versteuerten Delinquenten sorgfältig in der Tasche bergend, mit dem Hunde zur Stadt hinaus über Felder und Wiesen, bis vor das Antreiben des Schinders. Dem übergab er das arme Tier mit der von der Meisterin empfangenen Weisung — es umzubringen! Und laut heulend ließ er davon, um der Vollziehung des grausamen Urteils nicht beizuwohnen zu müssen. Welcher Art der Empfang gewesen, der dem treuen „Diener seines Herrn und seiner Herrin“ zuteil geworden ist, konnte ich nicht ermitteln. —

## Vereins-Kalender.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.** Versammlungen finden statt: Sonnabend den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Magdeburg in der „Wanderlust“, Kochenhausenerstr. 27/28; Bezirk Obenstedt im Lokal des Herrn Mielkebod; Branche der Klempner u. Installationsarbeiten bei Ed. Thiering. Sonntag den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr: Bezirk Wendorf im Lokal des Herrn Richter. Außerdem findet am Sonnabend abend im „Weißen Tisch“ das Ungnügen der Mitglieder unites Bezirks Neue Krustadl statt. —

## Briefkasten.

Allen Briefkastenbesitzer ist die Abnahmeentscheidung beigegeben. Schriftliche Mitteilung an die Fragenden erfolgt ausnahmsweise eine Karte beigegeben ist, nicht.

**St., Halberstadt.** Wenn der Richter Sie nach Ihren Vorurteilen fragt, müssen Sie die drei Tage seiner Ihnen diese von einem Gericht justifiziert werden, ansonsten. Liechtlich begnügt sich aber der Richter mit der Angabe, daß Sie wegen Meinungs noch nicht vorbestrast sind. Bei Zeugen ist das die Hauptsache. —

## Marktberichte.

**Magdeburg, 21. Februar.** (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verließen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer, gut 167—170, mittel 160—165, gering 150—160, de. Fein. Sommer, gut 178—184, do. Rauß- gut 162—166, do. ausländischer gut 180—190. Roggen inländischer gut 139—141, mittel 131—136, gering bis —. Gerste hiesige Oberalters gut 170—180, mittel 160—165, Landgerste gut 160—165, mittel —. Wintergerste gut —, ausländ. Wintergerste 125 bis 125. Hafer inländischer, gut 147—152, mittel 140—145. Mais, runder gut 124—127, amerikanischer bunter gut 122—124. Erbsen, hiesige Viktoria, gut 170—180, mittel 150—160, do. grüne Folge gut 175—183, mittel 160—170. —

**Stiermarkt.**

Magdeburg, 21. Februar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.)
Antrieb 228 Rinder, 332 Kälber, 166 Schafvieh etc., 1479 Schweine.
Wahl für 100 Pf. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 35-37
Wart, b) junge fleischige und ältere ausgewählte 33-35 Wt.,
c) mäßig genährte junge und ältere 30-32 Wt., d) gering ge-
nährte jeden Alters 27-29 Wt. Bullen: a) vollfleischige, aus-
gewählte bis zu 5 Jahren 35-37, b) vollfleischige jüngere 32-34,
c) mäßig genährte jüngere und ältere 29-31 Wt., d) gering ge-
nährte jüngere und ältere 26-28 Wt. Färjen und Kähe:
a) vollfleischige, ausgewählte Färjen höchsten Schlachtwertes 32-33 Wt.,
b) vollfleischige Kähe bis zu 7 Jahren 29-31 Wt., c) ältere aus-
gewählte Kähe und wenig gut entwickelte jüngere Kähe und Färjen
26-28 Wt., d) mäßig genährte Kähe und Färjen 23-25 Wt.,
e) gering genährte Kähe und Färjen 19-22 Wt. Kälber: a) feinste
Rast- 45-49 Wt., b) mittlere 38-44 Wt., c) geringe Saugkälber
28-35 Wt., d) ältere, gering genährte (Fresser) 26-32 Wt.
Schafe: a) Rastlämmer und jüngere Rastlämmer 31-33 Wt.,
b) ältere Rastlämmer 29-30 Wt., c) mäßig genährte 25-28 Wt.
Schweine: (mit 20 Prozent Tara): a) vollfleischige 62

1 Wt., b) fleischige 56-61 Wt., c) gering entwicelte 52-55 Wt.,
d) Saugkälber 50-58 Wt., Ueberhand: 20 Rinder, 18 Kälber,
Schafe, Schweine
Wasserstände.
+ bedeutet über - unter Null.
Fier, Eger und Mosbau.
19. Febr. + 0.14 20. Febr. + 0.16
+ 0.22 + 0.24
- 0.04 - 0.04
+ 0.12 + 0.20
Untrud und Saale.
20. Febr. + 1.90 21. Febr. + 1.65 0.25
+ 1.34 + 1.32 0.02
+ 2.94 + 2.98
+ 2.68 + 2.78
+ 2.18 + 2.30
+ 1.92 + 1.94
+ 1.96 + 2.06

Table with columns for location (e.g., Dessau, Muldebräde), date, and price changes (+1.04, +1.02, etc.).

Donnerstag wegen Vorbereitungen und Preisreduktionen zum Schluss-Ausverkauf geschlossen!
Freitag beginnen die Schluss-Verkäufe. Das Lokal muss in ganz kurzer Zeit geräumt werden und kommen daher sämtliche Vorräte zu wahren Schleuderpreisen zum Ausverkauf!
Wolf Seelenfreund Breitweg 61

Fahrzeug- und Nähmaschinen-Reparaturen werden prompt und billig ausgeführt.
Fahrzeug-Reparaturwerkstatt
Eubenburg, Halberstädterstr. 122a
Bronnecke, 2180

Fahrräder werden sauber repariert und gewartet.
bei G. Thoma, Berlin Sportplatz, "Sachverständiger".
Annamestellf.
Kantstraße 17, im Boden. (1071)

Jugendschön
Kleid- und Modesachen,
Kleider, Mäntel, Hüte,
Kopfsachen, etc.
Richard Jarausch, Tischlerstraße 22.
Bismarck-Apothek, Breiteweg 121.
In Wader: Rosen-Apothek.
Respekt: G. H. Graf.
Wilsch: Wilsch.
Eubenburg: H. Starckhoff.

Neu eröffnet Tuchhandlung Ernst Iffland Neu eröffnet
Magdeburg, Kronprinzenstrasse 3
1 Minute vom Hauptbahnhof - Fernsprecher 4318
Grosses Lager in Herrenstoffen aller Art sowie Futterartikel
Spezialität: Cheviots und Kammgarnstoffe
Frühjahrs-Neuheiten

Waschen Sie schon mit Kluges Seifensalmiak?

Billige Stiefel!
Altes Brücktor 2.

Nähmaschine
Schöner Nähmaschinen sehr billig zu verkaufen
Friedrichstraße 11, p. v.

Herbkäfige
Holz- und Strohkäfige
De. 1. A. Scherke, Weichholz, 50 J. an.
Eubenburg 1. A. Hausmann, Reiter für Kammerei, 40 J.
Vabekneben, Fugring.

Einiger Nähmaschine,
gut nähend, für 12 Wt.
Friedrichstraße 10, S. L. M. 2281

Brot! Brot!
Großes kräftiges Hausbrot
brot sowie täglich frisches
Kaffeegebäck

Paul Schrader
Bäckmeister, 2519
Groß Salz, Halberstädterstr. 30
Ende jetzt über diesen
Lehrling.

Zähne, künstl.
v. billiger Ausführung an,
je nach dem Material der Platte.
Rud. Barfels, Buckau
Schönebeckstr. 29/30, Ede-Gartenstr.

Kranke
Homöopathische Behandlung
Dünn, alte Wunden,
Flechte etc.
Buckau, Klosterbergstr. 16.

Freitag
Ft. Wurst.
Sonntags
Ausblauschwanz
und Feuertrock
Wih. Brandt
Friedrichsplatz 3.

Schlachtfest
Restaurant W. Laekenmacher
Ottenbergstraße 13. 1079/2514

Wir suchen zum 1. April leistungsfähige Lagerhalterin
und zu bald oder 1. April eine Verkäuferin.
Konsumenten-Gross-Ottersleben, E. G.

Halberstadt. Halberstadt.
Sozialdemokratischer Wahlverein.
Donnerstag den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr
Versammlung
im Refektorium Max Bollmann.

Kaiser-Panorama
Magdeburg, Breiteweg 134, 1.
Altes Stadttheater.

Ein interessanter Spaziergang durch die Welt-Ausstellung in St. Louis.
Neu! Zum ersten Male! Neu
Interessante Reise im malerischen Tirol.

Stadt-Theater.
Donnerstag den 23. Februar 1905
Jar und Zimmermann.
Komische Oper von Albert Lortzing.

Aschersleben.
Volkverein.
Sonntag den 26. Februar,
abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke

Wegen wichtiger Tagesordnung
des Ausschusses sämtlicher Mit-
glieder notwendig.
Der Vorstand.

Wir suchen zum 1. April leistungsfähige Lagerhalterin
und zu bald oder 1. April eine Verkäuferin.
Konsumenten-Gross-Ottersleben, E. G.

Nachruf.
Am Montag nachmittag ver-
schied nach kurzem, schwerem
Krankentage unsere Sanges-
schwester
Frau Elise Horn
geb. Emmert
im Alter von 31 Jahren.
Ein ehrendes Andenken be-
wahren ihr die Mitglieder des
Gesangvereins 'Vorwärts'
Surg.
Die Beerdigung findet Frei-
tag mittag um 12 Uhr von der
Friedhofskapelle aus statt.

Standesamt.
Magdeburg, 21. Februar.
Aufgebote: Arbeiter Otto
Hunte in Schützen mit Luise Lange
in Langenweddingen.
Aufsührer
Rudolf Panad hier mit Theresie
Schlüter in Preßer.
Oberlehrer
Richard Knoche in Blankenburg a. S.
mit Luise Hünfel hier.
Arbeiter
Friedrich Gärner mit Anna Hofst-
mann hier.
Architekt Heinrich Geil-
ling mit Elisabeth Biermann hier.
Schlosser Richard Biermann mit
Pauline Biese.
Arbeiter Emil
Heinrich mit Anna Behrens.
Schrei-
ber Ernst Ebert mit Elisabeth
Heinrichs.
Fabrikarbeiter Gustav
Schulze mit Auguste Grundmann.
Produktur Arur Denide mit Karo-
lina Bauer.
Eheschließungen: Handels-
mann Wilhelm Zimmermann mit
Elisabeth Koller.
Telegr.-Arbeiter
Otto Franke mit Luise Huchel
Schlosser Euno Hüft mit Luise
Baasch.
Möbelpacker Karl Käbe mit
Marie Grupp.
Geburten: Friedrich, S. des
Dachdeckers Friedrich Müller.
Fris-
S. des Fleischer Edmund Herr.
Karl, S. des Schneiders August Stro-
Marquardt, L. des Arbeiters Fried-
rich Beie.
Martha, L. des Arbeiters
Robert Friedrich.
Willy, S. des
Arbeiters Michael Dzierzanowski.
Friedrich, S. des Kaufmanns Fri-
edert.
Gertrud, L. des Bäder-
meisters Hermann Behrens.
Elli,
L. des Arbeiters Hermann Schaum-
burg.
Agnes, L. des Möbelpackers
Paul Rader.
Gerhard, S. des
Schuhmanns Richard Schmidt.
Eli-
sabeth, L. des Stat.-Diät. Hermann
Kottwitz.
Ernst, S. des Mitgl. d.
Mäd. Dicht. Ernst Koglit.
Julius,
S. des Arbeiters Jul. Müller.
Gertrud und Hans, Pflanzst. des
Kaufmanns Otto Jelan.
Todesfälle: Betty, L. des
Böttchermeyers Wilhelm Kaiser,
2 R 19 J.
Sophie Frießch, un-
verehelicht, 17 J.
2 R. 26 J.
Witwe Juliane Meißner geb. Wiege-
red, 46 J.
9 R. 9 J.
Otto
Michael, Arbeiter, 43 J.
4 R. 29 J.
Elli, L. des Kesselschmieds Joh.
Remppel, 1 J.
6 R. 9 J.
Heinrich
Fettholz, Tischlermeister, 67 J.
3 R. 9 J.
Hans, S. des Kaufm.
Otto Jelan, 2 R.
Anna geb. Debert,
Ehefrau des Leinwandmachers Fried-

rich Meyer, 52 J.
7 R. 27 J.
Auguste Bothe, Hausdiener, 27 J.
8 R. 27 J.
Emilie geb. Bernede,
Ehefrau des Arb. Wilhelm Kupf,
28 J.
3 R. 29 J.
Eubenburg, 21. Februar.
Aufgebote: Schneider Ernst
Ferm. Kob. Meier mit Marie Elise
Espenhahn.
Eheschließung: Kapellere
u. Dekor. Otto Duffstein mit Emma
Giesow.
Geburten: Franz, S. des
Arb. Emil Maus.
Luise, S. des
Schmieds Friedr. Schottstedt.
Karl,
S. des Schloss. Paul Jubenbahn.
Martha, L. des Heiz. Konr. Kofinsky.
Todesfälle: Schmied Friedr.
Jaeger, 45 J.
3 J.
Elsbeth geb.
Blodt, Ehefr. des Landw. Friedrich
Delze in Uhmöben, 53 J.
4 R. 16 J.
Buckau, 21. Februar.
Aufgebote: Handl.-Geh. Willi
Oder mit Anna Biene.
Geburten: Gertrud u. Willi,
Zivil.-R. des Form. Gottfr. Schulze.
Ewald, S. des Eisenrehers Georg
Behmann.
Gustav, S. des Form.
Karl Gaudig.
Erich, S. des Straßeb.-
Wagenführ. Otto Schneemann.
Todesfälle: Walter, S. des
Gärtin. Karl Lange, 6 R. 20 J.
Neustadt, 20. Februar.
Geburten: Klemons, S. des
Lehrers Otto Heinze.
Martha, L.
des Schloss. Heint. Schärfe.
Paul
Ernst Walter, unehel.

Vom 21. Februar.
Aufgebote: Arb. Hermann
Otto Jordan mit Hedwig Haegerath.
Erich, Ferd. Rud. Paul Gantner
mit Berta Anna Dorothee Benz.
Eheschließung: Ralemsfr.
Waldeemar Xrenter in Gr.-Lichter-
felde mit Ida Haus hier.
Geburten: Margarete, L. des
Eisenreh. Valerian Hegner.
Elli,
L. des Dachdeckers Paul Gerde.
Anna, L. des Drechslermeisters Friedr.
Sadowitz.
Gretchen, L. des Straßeb.-
Wagenführers Jul. Karbe.
Charlotte,
S. des Arb. Gust. Wallerstedt.
Walter,
S. des Arb. Wilh. Käbe.
Todesfälle: Martha, L. des
Arb. August Gilsau, 15 J.
11 R.
16 J.
Charlotte geb. Bohndick,
Ehefr. des Webers Wilhelm Käbe,
58 J.
1 R. 18 J.
Otto, S. des
Schmieds Gust. Mangemann, 7 R.
5 J.
Editha, L. des Kelln. Franz
Sachler, 9 R. 18 J.

Aschersleben.
Geburten: S. des Bergm.
Martin Jesenia.
L. des Werkführ.
Friedrich Frießche.
L. des Arb.
Herrn Buchheiser.
L. des Kaufm.
Benjamin Schwabe.
Todesfälle: Frida, L. des
Arb. Karl Kuhne, 4 R. 3 J.
Hilffschüler Emil Barth, 26 J.
5 R. 7 J.

Burg, 20. Februar.
Geburten: S. unehel. S.
unehel. L. des Dachbed. Wilhelm
Geeling.
Todesfälle: Marie geb. Jey,
Ehefr. des Dachbed. August Schid,
26 J.
Martha, L. des Arb. Gust.
Fischer, 1 R.
Vom 21. Februar.
Aufgebote: Elise geb. Emmert,
Ehefr. des Weißgerb. Herrn. Horn,
31 J.
Elli, L. des verford.
Bigarrenmach. Alb. Gröben, 3 R.

1 Bettstelle
1 Matratze mit Keil
1 Kleiderschrank
1 Tisch
2 Stühle
Anzahlung
10 Mk.
Manufakturwaren
jeder Art
Herren- u. Knaben-
Anzüge
in großer Auswahl.

S. Osswald
Magdeburg
Alle Ulrichstraße 14
1 Trepp.

rufungskammer hob dies Urteil auf und erkannte auf einen Monat Gefängnis und auf Publikationsbefugnis des Verleibigen im Central-Anzeiger.

Alle Welt muß es mit der Verleibung und dem Hausfriedensbruch wohl nicht gewesen sein, sonst hätte das Schöffengericht nicht freigesprochen. Bei den Gepflogenheiten des Herrn Liebenberg ist es nicht verwunderlich, wenn einem Arbeiter einmal die Geduld reißt und Herr Liebenberg ein paar Schmeicheleien hört. Daß dieser es aber dann noch fertig bringt, zum Rabi zu laufen, darüber darf man sich allerdings wundern.

Der Arbeitsnachweis der Schneiderinnung, von dessen Besetzung wir gestern Mitteilung machten, vermittelt Streikbrecher. Die Innung weigerte sich auch, eine paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises zuzugestehen. Die organisierten Schneider haben also nach wie vor den Arbeitsnachweis der Gehilfen im "Würgerhaus", Stephanstraße 33, zu benutzen.

Kleine Schuhmacher-Vegräbnisfeier. Die Generalversammlung findet am Freitag den 24. Februar, abends 8 Uhr, im "Weißen Bär", Ulrichstraße, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Antrag: Die Versammlungsanzeigen in der "Volksstimme" zu veröffentlichen. Mitglieder, welche Leser der "Volksstimme" sind, wollen sich zahlreich einfinden.

Verband weiblicher Angestellter. Die Zahlstelle Magdeburg des kaufmännischen Verbandes weiblicher Angestellter befolgt den Grundsatz: Man muß das Eisen schmieden, so lange es warm ist. Die rühmlichsten Szenen, die von einigen Kaufmannsjünglingen in der letzten Versammlung des Verbandes aufgeführt wurden, haben eine gewisse Erregung in den Reihen der weiblichen Angestellten hervorgerufen, die von den Leiterinnen der hiesigen Ortsgruppe geschickt ausgenutzt wird. Gestern abend fand wieder eine Versammlung in Richards Festhallen statt, in der Herr Schneider, der Referent der letzten Versammlung über "Unser Kampf um Recht und Ehre!" referierte. Die Versammlung erregte sich eines guten Besuchs. Etwas zwei Drittel der Besucher waren Handlungsgehilfinnen, das übrige Drittel Handlungsgehilfen, von denen die meisten dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande angehören.

Der Redner des Abends, Herr Schneider, gehörte früher selbst dem antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande an. Als ihm größeres Verständnis für das Weib, die Bedeutung und die Ursache der Frauenarbeit aufging, verließ er den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, um sich der Organisation der weiblichen Handlungsgehilfen zu widmen. Gestern abend zeigte er an zahlreichen Beispielen die rühmliche Auffassung der großen Handlungsgehilfenverbände über die Frauenfrage und bewies mit guten Gründen die Notwendigkeit der Organisation der Handlungsgehilfinnen. Manches von seinen Argumenten zeigte ja, daß Herr Schneider die deutschnationalen Anschauungen noch lange nicht vollständig abgestreift hat und daß seine Fundamente wirtschaftlicher Anschauungen, das den modernen Gewerkschaften zu eigen ist, fehlt ihm noch zum größten Teil. Aber in das Problem der Frauenfrage ist er doch so tief eingedrungen, daß er versteht, wie falsch es ist, wenn man, wie die Antisemiten, die Frauenarbeit im Handelsgewerbe einfach verbieten will. Daher predigt Herr Schneider das Eintragen "gewerkschaftlichen Geistes" in die Reihen der Handlungsgehilfinnen.

Am interessantesten war die Diskussion, in der zunächst ein Herr Dr. M. B. die Handlungsgehilfinnen vor dem "gewerkschaftlichen Geiste" warnte, der für die Arbeiter gut wäre, aber nicht für die Handlungsgehilfen und -gehilfinnen. Wenn die Handlungsgehilfen Tarifgemeinschaften durchzuführen wollten, dann würde es ihnen so gehen, wie jetzt den Bergarbeitern im Ruhrrevier. Die anwesenden Handlungsgehilfen trösteten den komischen Herrn währenddessen, schließlich stellte Herr Fellgiebel fest, daß der Herr Doktor Schindler des Vereins selbständiger Kaufleute ist. Genau so redete er auch, aber die antisemitischen Handlungsgehilfen jubelten ihm doch zu. Erlauchte Gewerkschaftler, dies! Nachdem der Herr Schneider den Herrn Dr. Böhm im Schlüsselwort nach Gebühr abgefertigt hatte, wobei er die merkwürdige Behauptung aufstellte, nach sozialdemokratischer Auffassung sei die Arbeit der Handelsangeestellten unproduktiv ging man dazu über, den zweiten Punkt der Tagesordnung "Wozu brauchen wir Handelsinspektoren?" zu erörtern. Herr Schneider leitete die Besprechung durch längere Ausführungen ein, wobei man erfuhr, daß derselbe Herr Böhm, dem die männlichen Besucher der Versammlung so währenddessen Beifall, schließlich einen Resolution gegen die Notwendigkeit von Handelsinspektoren ein und bewies deren Notwendigkeit an der Hand reichen Materials. Die Diskussion förderte nichts Bemerkenswertes zutage. Nach Annahme einer Resolution, in der Handelsinspektoren gefordert werden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Existenzfrage. In der Strafsache gegen den Kaufmann Selbiger, den Inhaber der Zeitschrift "Die Existenzfrage", wird die Voruntersuchung in Abrege abgeschlossen sein. Vor dem Untersuchungsrichter sind bereits sämtliche Zeugen vernommen worden. Es handelt sich in der Untersuchung um etwa 30 Fälle von Rationalschwindel, die Selbiger zum größten Teile bestritten. Die Gläubiger, die schon alle Hoffnung auf Wiedererlangung ihres Geldes hatten fallen lassen, sind neuerdings zusammengetreten, um die Fortführung des Geschäftes zu versuchen. Der Untersuchungsrichter hat auf Antrag des Reichsanwalts die Bahn angeordnet, daß Selbiger gegen Stellung einer Kaution in Höhe von 10000 Mark aus der Untersuchungshaft entlassen werden soll. Die Kaution konnte bisher nicht aufgebracht werden. Die Verhandlung gegen Selbiger dürfte sehr umfangreich werden, da wohl über 50 Zeugen geladen werden müssen. Der plötzliche Zusammenbruch der "Existenzfrage", die angeblich mitunter 12000 Mark Inzerateinnahme pro Monat gehabt haben soll, hat allseitig überrascht. Selbiger hat, wie festgestellt, in früheren Jahren große Summen verdient und bis zuletzt Wagen und Pferde gehalten.

Unfall. Beim Eisenbahnübergang in der Reustadt stürzte das Pferd einer Droschke, Fuhrherrn Curant gehörig. Der Fuhrherr wurde vom Vordrücken des Pferdes so erheblige Verletzungen, daß er in seine Wohnung gebracht werden mußte.

### Erste Konferenz der Korbmacher Deutschlands.

(Sektion des Holzarbeiter-Verbandes.)

Magdeburg, 21. Februar.

Dritter Tag. Vormittags-Sitzung.

(Eröffnung 8 1/2 Uhr.)

Heitmann-Balsdorf spricht zu den Ausführungen Leipzigs betr. der Streikgenehmigung.

Rästelau-Eisenlein spricht dafür, Tarife einzuführen und ein Einheitsmaß festzulegen.

In der Abstimmung wird beschlossen, die Einführung eines einheitlichen Lohnsatzes anzustreben.

Der Antrag: An Stelle der verschiedenen Zollberechnung ist ein einheitliches Maß nach Zentimetern einzuführen. Bei allen Forderungen an Arbeitgeber ist dies als besonderer Punkt mit aufzustellen, wird ebenfalls angenommen.

Der noch zu wählenden Kommission wird der Antrag: Die Preise wie folgt festzusetzen: Für Reiseschilde gewürfelt pro Zentimeter 5 Pf., geschichtet 5 Pf., für Baschilde gewürfelt pro Zentimeter 3 Pf., zur Erwürdigung überwiegen.

Angenommen wird der Antrag: "Sämtliche einzelnen angefertigten Arbeiten sowie Ruhen und Zuzüchten und sonstige Nebenarbeiten werden in Lohn bezahlt, den örtlichen Verhältnissen entsprechend, jedoch nicht unter 30 Pf. pro Stunde."

Abgelehnt wird die Festsetzung eines Penzums für Geschloßkochenanzwäger.

Zur Beratung gelangt darin der Antrag: "Eine Kommission zu wählen, welche von allen Zahlstellen jedes Vierteljahr Berichte über Lohn- und Arbeitsverhältnisse usw. einfordern soll; dieselben sind nach Sichtung im Verbandsorgan zu veröffentlichen. Die Kommission ist in Berlin zu wählen, und hat dieselbe auf dem nächsten Verbandsrat Bericht zu erstatten."

Schwedler-Berlin: Wenn uns der Hauptvorstand schon eher diese Konferenz bewilligt hätte, wären wir jetzt schon weiter gewesen. Es ist unbedingt nötig, über unsere Verhältnisse Material zu sammeln; das selbe zu sichten und das Ergebnis zu veröffentlichen, dazu muß die Wahl einer Kommission vorgenommen werden. Walter-Rüsschenbroda wünscht, daß in diese Kommission Kollegen aus allen Branchen gewählt werden.

Leipziger: Die Kommission, gegen deren Wahl der Hauptvorstand nichts einzuwenden hat, soll gewissermaßen eine Untersuchungs-Kommission für den Hauptvorstand sein. Die Aufgaben müßten die sein, die Aufrechterhaltung der Fühlung unter den Korbmachern, den Verbandsvorstand zu unterstützen, ihm Anregungen in der Agitation zu geben. Weiter kann sie zur Aufklärung über berufliche Fragen dienen. Dann wird ihre Hauptaufgabe mit sein, die bestehenden Tarife zu sammeln und zu einem Einheitsstarif zu verarbeiten. Weitergehende Aufgaben festzulegen, wird nicht möglich sein, da die Konferenz nicht das Recht hat, in die Kompetenzen des Hauptvorstandes und des Verbandsrates einzugreifen.

Schwedler-Berlin: Die Zahlstellen müssen verpflichtet werden, an die Kommission Bericht zu erstatten.

Leipziger: Wenn es nur durch eine Verpflichtung ermöglicht wird, daß Berichte eintreffen, so würde das ein schlechtes Zeugnis für das Interesse der Korbmacher abgeben.

Wolf-Reiz spricht in gleichem Sinne.

Beschlossen wird, eine Zentral-Kommission zu wählen, die sich aus Kollegen aller Branchen zusammensetzen, in Berlin ihren Sitz haben und folgende Aufgaben erledigen soll:

- 1. Aufrechterhaltung der engeren Verbindung unter den Korbmachern innerhalb des Verbandes.
- 2. Unterstützung des Verbandsvorstandes in der Agitation unter den Korbmachern.
- 3. Aufklärung über berufliche Fragen.
- 4. Sammlung der bestehenden Tarife, um dieselben zusammenzustellen und zu einem Entwurf für einen Einheitsstarif zu verarbeiten.

Ueber die Anträge: "Die tägliche Arbeitszeit darf 10 Stunden nicht übersteigen, wo diese besteht, ist die 9 1/2 stündige Arbeitszeit einzuführen. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit ist entsprechender Zuschlag zu gewähren", und ferner: "In allen Orten ist dahin zu wirken, daß von Jahr zu Jahr eine Verkürzung der Arbeitszeit um mindestens 1 Stunde pro Tag eintritt, bis die Mindestverkürzung des Verbandes, 5 1/2 Stunden pro Woche erreicht ist", entzündet sich eine Debatte, in deren Verlauf zum Teil empfindliche Bemerkungen der Kommission als Material zu überweisen. Jedoch wird auch gegen diese Anträge gesprochen, und zwar aus dem Grunde, weil es nicht möglich sei, die Verhältnisse im Sinne der Anträge zu zwingen. Leipziger schlägt an Stelle der Anträge folgende Resolution vor:

Da die Forderung der Korbmacher zu einem großen Teile eine Folge der überlangen Arbeitszeit ist, beschließt die Konferenz, daß die Kollegen im Interesse einer Verbesserung der Lage in erster Linie mit ganzen Kräften für eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten müssen. Ueberstundenarbeit ist nach Möglichkeit zu vermeiden, eventuell Zuschlag zu fordern.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Um der Schäden, die die Arbeiter durch das Submissionsverfahren haben, zu beugen, wird nach kurzer Debatte folgender Beschluß angenommen:

In Erwägung, daß durch das Submissionsverfahren die Unternehmer sich durch Unterbietung die Leute abzuwerben suchen, wodurch die Löhne in unerhörter Weise herabgedrückt werden, ist die Macht des Verbandes und der Einfluss der Mitglieder hauptsächlich in den Betrieben, die Submissionsarbeiten anfertigen, zur Geltung zu bringen. Verstöße gegen die Submissionsbedingungen sind der zu wählenden Zentrale zur weiteren Verfolgung zu übermitteln.

Günstig für die Arbeitsvermittlung gelangen folgende Anträge zur Annahme: "Es sollen Mittel und Wege gefunden werden zur Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises, ähnlich demjenigen der Parfübinnenleger." "Um dem in unserm Beruf noch üblichen Umhauen zu steuern, ist jeder organisierte Kollege verpflichtet, nur den Arbeitsnachweis seines Verbandes zu benutzen."

Die Akkordearbeit einzudämmen, wird beschlossen: "In Anbetracht, daß durch die Akkordearbeit die Löhne immer mehr herabgedrückt werden, haben in allen Orten die Kollegen dahin zu wirken, daß Zeilohn eingeführt wird."

Bei der Beratung über die Anträge die Agitation betr. warnt Manigel-Bernburg vor einem Korbmacher namens Schäbel, der sich überall zur Agitation herandränge, aber moralisch sehr wenig dazu qualifiziert sei.

Beschlossen wird, unter den Korbmachern Deutschlands eine intensive Agitation zu entfalten. Ferner wird beschlossen, "unter den Arbeitern in der Demijohn-Branche ein geeignetes Flugblatt zu verbreiten, um dieselben für die Organisation zu gewinnen". Der Hauptvorstand in Breslau soll erucht werden, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Zeilohnindustrie zu untersuchen.

Die Heimarbeit im Korbmacherberuf gibt Anlaß zur einstimmigen Annahme nachstehender Anträge: "Der Hauptvorstand hat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für Einschränkung bzw. Beseitigung der Heimarbeit Sorge zu tragen." "Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes soll erucht werden, bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dahin zu wirken, daß 1. die Herstellung von Korbmachern in Räumen, welche zum Schlafen und Wohnen dienen, zu verhindern ist; daß 2. die Ueberwachung sämtlicher Betriebe durch die Gewerbeinspektion erfolgt, in welchen Korbmachern hergestellt werden, in bezug auf Arbeitszeit, Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Frauen, und daß 3. die in der Korbmacherei beschäftigten Personen ohne Ausnahme der Kranken- und Invalidenversicherung unterstellt werden."

Leipziger weist darauf hin, daß demnach eine Ausstellung stattfinden von Erzeugnissen der Heimarbeit. Sie dürfte nicht ohne Einfluss auf die öffentliche Meinung sein und dadurch auch die Regierung indirekt beeinflusst werden. Sache der Korbmacher wird es sein, die Aufforderung der Hauptvorstände, die vom Verband beauftragt sind, die für die Ausstellung bestimmten Arbeiten zu sammeln, zu befolgen. Unseren Verbandskollegen, die im Reichstag sitzen, muß möglichst eingehendes Material übermitteln werden.

Pape-Erfurt: Die Anträge zur Heimarbeit sind eine Demonstration gegen das elende Schicksal der Heimarbeit. Einer Abschaffung derselben stellen sich fünf unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Wir müssen daher streben, den armen Teufeln in der Heimindustrie die elende Lage zu erleichtern.

Manigel regt an, bei der Ausstellung der Erzeugnisse der Heimarbeit die ganze Fabrikationsweise vorzuführen. Peter-Reiz fügt dem hinzu, daß Photographien der Wohnungen ausgehängt werden müßten.

Beschluß des Konvents und Logiszwanges beschließt die Konferenz: Das Kon- und Logiszwagen ist abzugeben, da es die größte Gefahr in sich birgt, die Abhängigkeit der Arbeiter vom Arbeitgeber zu stärken und dadurch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern.

Der Antrag: Eine Umfrage über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Zahlstellen, wo Epurio und Weidensträucher überhaupf Getreidearbeit auf Lieferung gemacht wird, zu veranstalten, um, wenn möglich, auch in diesem Beruf eine Regelung zu schaffen" wird der Kommission zur Veranlassung überwiegen.

Reiz-Berlin: Die Kommission zur Veranlassung überwiegen. Reiz-Berlin: Die Kommission zur Veranlassung überwiegen.

ferenz die Kommission, eine Protestresolution an die zuständigen Stellen abzugeben.

Bei der Entscheidung der Frage der Einführung der Genossenschaften im Korbmacherberuf teilt Böhm-Robitz mit, daß, als anlässlich des spanisch-amerikanischen Krieges die Preise der Palmbätter in horrenden Weise stiegen, die Regierung von Bayern 10000 Mark zur Gründung einer Genossenschaft zur Verfügung gestellt habe. In einer vorher vorgenommenen Umfrage teilte die Regierung fest, daß in Gallenberg-Stein nach Grund bei täglich sechzehnständiger Arbeitszeit ein Geschäftslohn von 47 Pf. und ein Mindestlohn von 4 bis 5 Pf. pro Tag erreicht wurde. Trotzdem kamen die Leute wieder von der Genossenschaft ab, so daß diese kaum errentenzfähig war.

Angenommen wird dann der Antrag: Bei Lohnbewegungen in der Korbwagenbranche ist nebst verkürzter Arbeitszeit der Akkordearbeit ein Stundenlohn von 40 Pf. zugrunde zu legen.

Ein Antrag, die Lehrlingszuchterei einzuführen, wird der Kommission als Material überwiesen, desgleichen ein Antrag, in Schaumburg-Lippe und dem Kreise Finkenla eine rege Agitation zu entfalten.

Eine Reihe weiterer Anträge wird abgelehnt. Damit ist die Tagesordnung der Konferenz erledigt.

Stik-Berlin: Die Konferenz hat mangelnde Anregungen gegeben, die erbärmliche Lage der Korbmacher zu betren. Die Berliner werden unser möglichstes tun, um die Arbeiter der uns übertragenen Kommission sorgfältig zu erledigen.

Leipziger: Die Schwierigkeiten, die wir zu überwinden haben, sind groß. Trotzdem dürfte die Konferenz nicht nutzlos gewesen sein, so daß wir mit dem Ergebnis zufrieden sein können. Wenn Sie nach Hause kommen, müssen Sie durch eifrige Arbeit die gewählte Kommission unterstützen. Dem Verbandsvorstand müssen sie ebenfalls energisch beistehen. In dem nächstjährigen Almanach wird die Geschichte der Korbmacherorganisation geschildert werden. Das Material dazu ist bis jetzt nur sehr dürftig vorhanden. Ich bitte Sie, uns zu unterstützen, und uns mit dem Material, das Ihnen zur Verfügung steht, zu versorgen. Ich wünsche, daß die Konferenz für die Zukunft Vorteile bringen möge.

Nach einigen Schlussworten Stik wird mit einem Hoch auf den Holzarbeiterverband um 12 1/2 Uhr die Konferenz geschlossen.

### Kleine Chronik.

Wieder ein militärisches Justizurteil.

Das Kriegsgericht der 30. Division in Saarburg verurteilte wegen militärischen Ungehorsams den Gefreiten Koniczky und den Mann Weier zu fünf Jahren Zuchthaus und zur Entfernung aus dem Heere; die Mannen Niederich und Jeh zu fünf Jahren Gefängnis und zur Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes wegen Angriff einer Militärpatrouille am zweiten Weihnachtstage. Strafmißvergehen kam in Betracht, daß die Angeklagten von der Patrouille gereizt worden waren. Die weiteren Angeklagten wurden freigesprochen.

Ortel und Wesse als Raubmörder.

Die Räder des Ortsbesizers Fomer in Ebersfeld im Bogelau, der auf der Heimkehr von Plauen nach Ebersfeld von Wegelagerern überfallen wurde, sind jetzt verhaftet worden. Die Mordbuben sind die im Alter von 47 und 26 Jahren stehenden Handwerker Ernst und Hermann Kemmann (Ortel und Wesse). Der Wesse hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt; nach diesem ist er von seinem Ortel zu dem grausamen Verbrechen angeflistet worden.

Ein Sittensverbrecher.

Der Dampfschiff Walsi aus Worms, gegen den eine Untersuchung wegen Sittlichkeitsvergehen schwebt, ist ins Gefängnis eingeliefert worden.

Im Eisenbahnzug erstochen.

Wegen einer Lohn Differenz von einigen Pfennigen erstach im Eisenbahnzuge bei Hirschfeld in der Nähe von Frier ein Arbeiter seinen Schachtmesser. Der Täter wurde verhaftet.

Ein Banknotenfälscher.

Das Schwurgericht in Briesg verurteilte den Lithographen August Schöen aus Rattow, der Reichskassenscheine angefertigt und ausgegeben hatte, zu 6 Jahren Zuchthaus.

Furchtbares Grubenunglück.

Bei einer Explosion in den Virginia-Gruben in Alabama (Amerika), Eigentum der Alabama Steel and Wire Company, düstern 107 Personen das Leben ein; andere wurden verstaubt. Die Gesamtzahl der dort Beschäftigten betrug 135, doch, da gerade Jagttag war, düstern weniger in der Grube gewesen sein. Die Explosion soll durch Kohlenstaub veranlaßt sein. Die letzte Nachricht bringt, daß bei dem Grubenunglück bei Birmingham im Staate Alabama wahrscheinlich alle Bergleute getötet worden sind. Bis jetzt sind 12 Leichen geborgen.

Ein hohes Alter.

Im Alter von 108 Jahren ist vor einigen Tagen in Singkton-on-Thomas Fräulein Henrietta Johnson, eine Gespielin von Jerome Patterson Soupart, dem ältesten Sohne des Königs "James III.", gestorben. Sie war 1796 in Baltimore geboren, hat also in drei Jahrhunderten gelebt.

### Letzte Nachrichten.

Sd. München, 22. Februar. Der Schöbner-Wienmieder, dessen Hinrichtung ausgehoben wurde, wird in der hiesigen Gerichtshof verurteilt. Der von ihm als der eigentliche Mörder angegebene Guher hat sein Alibi nachgewiesen.

Sd. Mannheim, 22. Februar. Die hiesige Stadtverordnetenversammlung bewilligte 5000 Mark zur Unterstützung der arbeitenden Bergarbeiter im Ruhrrevier.

### Quittung über Beiträge für die streikenden Bergarbeiter.

Am 21. Februar gingen im Gewerkschaftsbüreau folgende Beiträge ein: Metallarbeiter-Verband 1000 Mark; (darunter: Gewerkschaftsfeier bei Altmann 200; Metallarbeiter-Ergänzungs-Oberstadt 36,00; E. Wendel, Eisenbahnen; R. 84 12,90; Garret Smith; R. 944 (Dresdener); E. U. Strube; R. 916 9,25; E. 1118 5,05; Sch. u. W.; R. 1126 13,25; Jaglshof von Wagner; R. 1184 5,40; Graf; R. 1231 (darunter eine verlorne Marke); R. 900; - Verband der Kupferschmiede (S. 22, Kupferschmiede der Weser); R. - Von einer lustigen Gesellschaft in Gommern 11,05. - Erntau, Klub "Gemütlichkeit" in der "Krone", Alte Reustadt 11,05. - Drei Kollegen (4. Rote) 3,00. - Verband der Buchbinder 26,90 (darunter: R. 56 1,60; R. 58 3,40; R. 1369 9,10). - Von u. Erdarbeiter, Oberdorf (durch Baum auf R. 1488) 10,25. - Arbeiterverein, Gommern, Sudenburg 7,10. - Stütze Arbeiter, Sudenb., Frankfurt, auf die verloren gegangene Lit. 426 1,70. - Verband der Tabakarbeiter 17,15 (darunter: R. 602 1,95; R. 1264 7,65; R. 1366 7,55). - Zusammen 216,70 Mark. Bereits quittiert 20 760,33, ergibt insgesamt 20 977,03 Mark.

Die Gewerkschaftsvorstände werden erucht, die ausgegebenen Listen einzufordern und mit den Beträgen und den noch in ihren Händen befindlichen Listen baldigst an die Ausgabe-Stelle abzuliefern.

Schönebeck. Beim Gewerkschaftsfeiern eingegangen: R. 75 (durch Zeut) 3,60. - R. 60 (durch Bogt, Radlatprensabrik) 7,85. - Bisher quittiert 1109,52, ergibt insgesamt 1120,77 Mark.

### Presse-Kommission! Donnerstag

abends 8 1/2 Uhr Sitzung bei Robert Döner, Knochenhauerstraße 27-28.

# BARASCH 39 WOCHE

Pfg.

Von  
Donnerstag den 23. Februar bis Mittwoch den 1. März

Wir veranstalten **39** in allen Abteilungen **39** einen  
Nicht an Wiederverkäufer **39** in **39** Nur soweit Vorrat

## Sonder-Verkauf 39 Pfennig-Artikeln!

- 1 Meter Kleider-Blaudruck in schönem, großem Musterformant
- 1 Meter Rock-Velour gute Qualität, in hübschen Streifen- und Caro-Mustern
- 1 Meter Pikee-Barchent weiß, enorme Muster-Auswahl
- 4 Stück Kaffee-Servietten mit Franse
- 3 Stück Küchenhandtücher rot Drell 38/80 cm
- 1 Küchenhandtuch Jacquard, Halbleinen, 48/110 cm
- 6 Stück Wischtücher rot kariert
- 3 Stück Tisch-Servietten weiß, Barchentmuster Größe ca. 50/52 cm
- 2 1/2 Meter Etamine für eine Bluse reichend, hübsches Streifenmuster
- Pompadour mit und ohne Stäbe
- Kinder-Schürpe mit gestöpfter Seidenfranse, in allen Farben
- Damen-Ledergürtel geschweißt, mit Metallschließen
- 1 Meter Kleider-Baillyeuse Sangeside, in vielen Farben vorrätig
- 1 Stück Samtband 12 Meter, schwarz
- 3 Zweifache Weinslaub zu Dekorationszwecken
- 3 Stück Batist-Taschentücher weiß mit weiß und farbig gestrichen Knöpfchen
- Stickerel-Abschnitte weiß u. farbig, zum Ausdrucken
- 3 Stück oder 2 Stück Kinder-Lätzchen
- 2 Paar Kinder-Armbändchen in hellblau rosa oder rot
- 1 Gummi-Unterlage
- 1 Knaben- oder Mädchenhemd Gr. 45, 50, 55 weiß Hemdentuch
- 1 Meter Aermelfutter Köper, gestreift
- 1 Meter Kleiderwarp gute Qualität
- 1 Meter Hemdentuch gütige Qualität
- 1 Meter Linon mittelhändig
- 1 Meter Handtuchschneidezeng in weiß, grau und grau-rot gestreift
- 1 Handtuchleiste Delfteinlage
- 1 Küchenrahmen einfarbig lackiert

- 1 Meter Läufersstoff in geschmackvollen Dessins
- 1 Meter Portierenstoff Streifenmuster
- 1 Meter Portierenkanten
- 1 Meter Möbelkaffee neue Dessins
- 1 Meter Scheiben-Vitrage bunt, in englisch Kunst und Kongressstoffgewebe
- 1 Meter Gardinen Stäbware, weiß und creme
- 1 Meter Gardinenspitze creme, bis 30 cm breit
- 1 Meter Scheibengardinen creme und weiß
- 1 Meter Kongressstoff creme und weiß, glatt und gestreift
- 1 Taillengarnitur steifig, bestehend aus: 1 Gurthand, 1 Kragen-Einlage, 6 cm hoch, 1 Taillenbergschluss, 1 Paar Schweißblätter, 1 Dutzend Taillenräbe
- 1 Dutzend Garnierknöpfe sehr elegant
- 1 Paar Damen-Strumpfhalter
- 3 Stück hygienische Damenbinden ohne Korb und 1 Hygia-Gürtel
- 1 Hutspanne mit buntem Steine
- 3 Paar Schweissblätter weiß Tricot mit Gummi-einlage
- 3 Stück Gummi-Kleiderraffer steifig
- Rüschen-Gummiband für 2 Paar Strumpfbänder, rot, weiß, schwarz, hellblau
- 4 Dutzend Druckknöpfe „Violetta“, schwarz und weiß
- 1 Paar Damenstrümpfe Wolle, plattiert
- 1 Paar Herrensocken normalfarbig
- 1 Paar Damen-Handschuhe in weiß, schwarz und farbig
- 1 Bettdeckenhalter Kordstoff, mit Stab und Ring
- Hemdenpassen prima Hemdentuch, vorgezeichnet
- 1 Markttaschenbezug Kordstoff, vorgezeichnet
- 3 Stück Speiseteller weiß, echt Porzellan, tief oder flach
- 2 Stück Speiseteller echt Porzellan, englisch oder Japan
- 3 Paar Tassen echt Porzellan mit Goldrand
- 2 Paar Tassen echt Porzellan mit Fond oder bunt belagert

- 2 Herren-Stehkragen Leinen, garantiert 4fach
- 1 Herren-Krawatte „Diplomat“ oder „Regattes“
- 1 Herren-Ballonmütze
- 1 Herren-Deckelmütze mit bezogenem Schirm
- 1 Paar Herren-Hosenträger „Gertules“
- 1 Paar Manschettenknöpfe
- 1 Garnitur Frontknöpfe
- 1 Krawattennadel
- 1 Album von Magdeburg und Umgegend in elegantem Einband, 25 Ansichten
- 1 Postkarten-Album für 100 Karten
- 100 Stück Briefbogen und 100 Kuverts
- 1 Füll-Federhalter komplett, mit Füller
- 1 Glaswandbild mit Metallrahmen, rund oder oval
- 1 Herren- oder Damen-Portemonnaie Sport, Tresor oder Beutelform
- 1 Spazierstock
- 1 Draht-Vogelbauer
- 3 Stück Tolstol-Romane
- 5 Stück Toilette-Fettselse
- 6 Paket Blumen- u. Gemüsesamen zum Ausdrucken
- 1 Metall-Kabinettrahmen bronziert oder Patinasfarbe
- 2 Metall-Visitrahmen
- 1 Waschständer lackiert
- 1 Aermel-Plättbrett mit gutem Bezug
- 1 Emaille-Durchschlag 16 cm Durchmesser
- 1 Emaille-Waschschüssel mit Seifnapf
- 1 Emaille-Konsol mit 1/2 Liter-Raß
- 1 Emaille-Maschinentopf mit 2 1/2 Liter Inhalt
- 1 Milchtopf echt Porzellan, konische oder hauchige Form, ca. 1/2 Liter Inhalt



1 Pfd. Volks-Kakes 39 Pfg.

1/2 Pfd. Schweizerkäse 39 Pfg. 1 „Backobst“ 39 Pfg.

Die angegebenen Artikel stellen nur einen kleinen Auszug aus den Abteilungen dar, an jedem Lager sind eine grosse Auswahl von 39 Pf.-Artikeln auf Tischen ausgelegt.

